



### Auf Kurs

Die Weichen zur Konsolidierung bleiben gestellt: Auch wenn die Steuereinnahmen sprudeln, spart die Koalition weiter und nimmt weniger Schulden auf. Engagierte Debatte über den Nachtragshaushalt 2006.

### S. 3

### Auswege

Draußen protestierten die Betroffenen, drinnen im Plenarsaal suchte die Politik nach Auswegen. Die Pleite von BenQ in der Mobilfunksparte hat die nordrhein-westfälischen Standorte schwer getroffen.

### S. 5

### Amok

Die Wahnsinnstat eines jungen Menschen in der Realschule im münsterländischen Emsdetten hat alle erschüttert. Zwei Ausschüsse widmen sich der Klärung des Ablaufs und der Aufarbeitung der Folgen.

### S. 14

### Alarm

Der erzwungene Tod eines gefolterten jugendlichen Straftagefangenen der JVA Siegburg hat im Landtag alle Alarmglocken schrillen lassen: War das unfassbare Geschehen zu verhindern? Wer hat hier versagt?

### S. 15

Einen Eintopf, wie er nur vom Niederrhein kommen kann, köchelte Starkoch Horst Lichter vor den Augen der Gäste im Landtag. Und weil sich die Leute am Niederrhein beim Sprechen wenig Zeit lassen, weil sie so viel mitzuteilen haben, gab Lichter der Kreation auch gleich einen Namen: Niederrheintopf. Was er da an Zutaten und kabarettreife Aktionen und Worten zusammenbraute, war nicht das einzige Menü, das die vielen Besucher des Regionalabends genießen konnten. Küche, Kultur, Wirtschaft und Natur – das sind die Pfunde, mit denen diese Landschaft wuchern kann. Vielleicht könnte sie mehr davon Aufhebens machen, damit ein für alle Mal die Frage nicht mehr gestellt wird: Niederrhein – was ist das? Antworten gab es zuhauf auf dem Regionalabend (Seiten 11 bis 13).

Foto: Schälte

# Der Niederrhein: lecker, locker, lebens- lustig

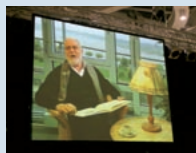
### Das Land geprägt

Politik – das war die große Leidenschaft von John van Nes Ziegler. Seine langjährigen Erfahrungen als Abgeordneter und Präsident sowie als Oberbürgermeister der Stadt Köln hätten ihn zu einem der bedeutendsten Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie in unserem Land gemacht. Mit diesen Worten würdigte Landtagspräsidentin Regina van Dinther den verstorbenen früheren Landtagspräsidenten und Landtagsabgeordneten auf der Trauerfeier im Historischen Rathaus zu Köln. Er war am 14. November im Alter von 85 Jahren in einem Kölner Krankenhaus gestorben. Die Präsidentin fuhr fort: „Unser Land verliert mit John van Nes Ziegler einen geradlinigen Demokraten und einen Menschen, der die politische Kultur in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte geprägt hat“ (Seiten 10 und 21).



# Inhalt

<b>Inhalt/Kommentar</b>	<b>2</b>
<b>Weichen bleiben gestellt</b>	<b>3</b>
<i>Koalition: Geringere Kredite im Interesse kommender Generationen</i>	
<b>„Überflüssiger Umzug“</b>	<b>4</b>
<i>Verfassungsschutzabteilung soll nicht nach Berlin</i>	
<b>Schlag für eine ganze Region</b>	<b>5</b>
<i>SPD fordert höhere Siemens-Hilfen für BenQ-Beschäftigte</i>	
<b>Gerechtigkeit und Gegenfinanzierung</b>	<b>6</b>
<i>Streit in der Aktuellen Stunde um längeres Arbeitslosengeld</i>	
<b>Fairen Wettbewerb angemahnt</b>	<b>7</b>
<i>Koalition will gegen die „Privilegien der Gesamtschulen“ angehen</i>	
<b>Einkaufen rund um die Uhr</b>	<b>8</b>
<i>Landtag verabschiedet neues Ladenöffnungsgesetz</i>	
<b>Keine Zuwanderung in die Sozialsysteme</b>	<b>9</b>
<i>Gut ausgebildete und integrierte Flüchtlinge sollen bleiben dürfen</i>	
<b>Über Jahre die Politik geprägt</b>	<b>10</b>
<i>Landtag gedenkt des verstorbenen John van Nes Ziegler</i>	
<b>Hilfe für viele Menschen</b>	<b>10</b>
<i>Petitionsausschuss: Kosovoreise einer Delegation brachte Erkenntnisse</i>	
<b>Die in sich ruhende Drehscheibe</b>	<b>11</b>
<i>Eine besondere Region als Gastgeber eines Regionalabends</i>	
<b>„Wir haben einen niedrigen Schwerpunkt“</b>	<b>12-13</b>
<i>Interviews mit Abgeordneten aus der Region Niederrhein</i>	
<b>Abschied von der Arglosigkeit</b>	<b>14</b>
<i>Zwei Ausschüsse zu Konsequenzen aus dem Emsdettener Amoklauf</i>	
<b>Der Foltortod und die Folgen</b>	<b>15</b>
<i>Sondersitzungen wegen Ermordung eines Häftlings in Siegburg</i>	
<b>Neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>16</b>
<i>Opposition warnt vor den Folgen und mahnt Kontinuität an</i>	
<b>Widerspruch oder gleich vor Gericht?</b>	<b>17</b>
<i>Kommunalausschuss hört Experten zum Bürokratieabbau</i>	
<b>Das Land braucht mehr Studenten</b>	<b>18</b>
<i>Ausschuss diskutiert Perspektiven des Hochschulpaktes</i>	
<b>Wunsch nach einer Denkpause</b>	<b>19</b>
<i>Anhörung offenbart Uneinigkeit über die Millionen aus Spiel 77</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>20</b>
<b>Oberbürgermeister, Präsident, Europäer</b>	<b>21</b>
<i>John van Nes Ziegler – seine demokratischen Überzeugungen bleiben Vorbild</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt der Woche: Professor Dr. Rainer Bovermann (SPD)</b>	<b>23</b>
FCL: Torreigen vor lauter Respekt	23
Impressum	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>



# Die Vielfalt des Niederrheins

**N**ordrhein-Westfalen in den Schlagzeilen: Amoklauf in Emsdetten, Häftlingstod in Siegburg. Landesweit angesichts des Grauens die ratlose Frage: Wie können junge Leute ihren Mitmenschen so etwas antun?

Von hier aus den Bogen zum Schwerpunkt dieses Heftes zu schlagen, die friedfertige und schöne Landschaft des Niederrheins, kann nicht mit der Behauptung geschehen, „so etwas“ käme hier auf keinen Fall vor. Darum nehmen wir einmal an, der bekannte Poet, der den Niederrhein so treffend geschildert und der die Menschen so gut gekannt hat, wäre im letzten Jahr nicht gestorben. Hanns Dieter Hüsch sitzt also auf der Bühne und spult sein Programm wegen Emsdetten und Siegburg eben nicht wie gewohnt ab. Er, der Mann der eher leisen Töne, würde in die Tasten seiner Tischorgel hauen und donnernd die Stimme erheben. Da wäre er wieder, der alte Kämpfer gegen Ungerechtigkeit, Borniertheit und Intoleranz. Die Orgel jault ein letztes Mal auf und Hüsch, der wegen der Heimsuchung seiner schweren Krankheit zuletzt in engem Zwiegespräch „mit dem da oben“ stand, würde – was wohl? – die Täter nicht verdammen, sondern den lieben Gott um Verzeihung bitten.

## PREMIERE

So kann er sein, der Mensch vom Niederrhein. Das Schicksal mag es nicht immer gut mit ihm meinen, aber sieht immer einen Neuanfang – und wenn der manchmal nur darin besteht, einfach so weiter zu machen wie zuvor. Davon war beim letzten Regionalabend keine Rede; er setzte ganz neue Akzente. Die Textilregion Niederrhein präsentierte sich mit einer Modenschau. Und weil die Hälfte der Models aus dem Parlament kam, vertrug sich diese Premiere prima mit der Würde des Hohen Hauses. Die kulinarische Landschaft Niederrhein war durch einen bekannten Fernsehkoch vertreten. Wem dessen Eintopf zu unverdaulich schien, der konnte sich gleich Rat holen bei der Herstellerin des niederrheinischen Underbergs.

Die Niederrheiner können auch „ernst“. Ihre mittelständisch geprägte Wirtschaft hat sich in lukrativen Nischen eingerichtet und exportiert in aller Herren Länder. Der Niederrhein ist auf dem besten Weg, zum europäischen Logistikzentrum zu werden. Landschaft und Natur beflügeln einen sanften Tourismus. Seine Kulturschätze locken immer mehr Besucher an. Wie sagte noch Hüsch: „Sach ma nix und kumma hier, wie schön dat is!“ *JK*

# Weichen bleiben gestellt

## Koalition: Geringere Kredite im Interesse kommender Generationen

*Wegen Mehreinnahmen bei der Steuer, Minderausgaben im Länderfinanzausgleich und zusätzlichen Mehrausgaben muss der Landshaushalt 2006 nachjustiert werden. Das geschieht mit dem Nachtragshaushalt (Drs. 14/2840). Über diesen Gesetzentwurf der Landesregierung hat der Landtag in erster Lesung beraten und ihn einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.*

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) bemühte sich um Abgrenzung zu den Nachtragshaushalten der Vorgängerregierungen. Da sei es stets um die Aufnahme zusätzlicher Schulden gegangen, „diesmal ist das Bild völlig anders“. Es gebe Haushaltsverbesserungen von 1,48 Milliarden Euro; denen stünden Mehrausgaben aufgrund rechtlicher Verpflichtungen in Höhe von knapp 120 Millionen Euro gegenüber. Die Mehrausgaben würden in vollem Umfang durch Minderausgaben, beziehungsweise durch nicht steuerliche Mehreinnahmen gedeckt. „Die Steu-

ermehreinnahmen und die Minderausgaben beim Länderfinanzausgleich werden vollständig zur Absenkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt“, erklärte der Finanzminister und setzte nach: „Die Landesregierung hält an ihrem Kurs der strikten Haushaltskonsolidierung fest“. Es sei also kein Geld für neue Begehrlichkeiten vorhanden, trotz Steuermehreinnahmen bleibe die finanzielle Situation des Landes weiterhin angespannt.

Gisela Walsken (SPD) machte darauf aufmerksam, in NRW hätten die Steuerquellen schon vor dem Regierungswechsel gesprudelt. Bei seinem „Feuerwerk von Zahlen“ habe der Minister dem Parlament bewusst Einnahmen systematisch verschwiegen – das sei nicht die Art eines ehrlichen Kaufmanns, sondern eher die eines „Bilanzfälschers“. Seit Mai rede der Minister die Entwicklung der Einnahmen bewusst herunter, die Einnahmen lägen deutlich über dem, was er dem Parlament in den Haushalt hineingeschrieben habe. Ende Oktober beliefen sich diese Mehreinnahmen auf zwei Milliarden Euro. Und obwohl man diese Summe mehr in der Kasse habe, würden durch Kürzungen der Regierung Junge gegen Alte, Arbeitslose gegen Arbeitende und Schwache gegen Starke „ausgespielt“.

Volkmar Klein (CDU) fand, wer jetzt angesichts der Mehreinnahmen ans Geldausgeben denke, der negiere nach wie vor die finanzielle Realität im Lande – und das sei eine „Schande“. Steuermehreinnahmen und Einsparungen zur Reduzierung der Kreditaufnahme einzusetzen, das sei mehr als nur Finanzpolitik, „es ist im Interesse künftiger Generationen geboten“ und stelle ein Dokument der Konsolidierung dar. Momentan sei man noch nicht in der Situation, Geld verteilen zu können. Möglicherweise werde im nächsten Jahr schon die Kreditverfassungsgrenze erreicht. Aber man sei noch meilenweit davon entfernt, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. „Dieses Ziel müssen wir und werden wir erreichen“, versprach der Abgeordnete.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) betonte, ebenso wie der Haushalt 2006 sei dieser Nachtragshaushalt verfassungswidrig. Zudem spare die Lan-



Rüdiger Sagel (GRÜNE)



Angela Freimuth (FDP)

Fotos: Schälte

desregierung nur an den falschen Stellen und gebe Geld an anderer Stelle aus. Die kleinen Leute, Kinder, Familien würden durch Sozialabbau geschöpft. Die Kommunen würden zum Sparschwein des Jahres 2007 gemacht. Auf der anderen Seite werde Klientelpolitik betrieben: „Die Steinkohle und die Bauern sind die großen Lieblinge von Herrn Rüttgers, seinem Finanzminister und der FDP.“ Nach Ansicht seiner Fraktion hätte das Land allein im laufenden Jahr 226 Millionen Euro bei den Steinkohlesubventionen weniger ausgeben können. Bei den Landwirtschaftskammern hätte man auch über 20 Millionen sparen können. Sagel: „Mehr Geld für die Bauernlobby, Rinder statt Kinder – das bleibt weiterhin Ihre Devise.“

Angela Freimuth (FDP) erwähnte, dass es den letzten ausgeglichenen Haushalt 1976 gegeben habe. Aber man könne nicht immer mehr ausgeben, als man einnehme, das sei keine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik. Die Grünen hätten einige diskutierenswerte Ansätze zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt, die Liberalen aber als Freunde des Steinkohlenbergbaus zu schelten, das weise auf „Realitätsverlust“ hin. Die Abgeordnete nachdrücklich: „Die FDP steht für den Ausstieg und das Auslaufen des subventionierten Steinkohlenbergbaus.“ Wer der Koalition eine kinder- und jugendfeindliche Politik vorwerfe, der sollte bloß auf die Investitionen schauen, die 2006 in den Bereich Ausbildung und Bildung von Kindern und Jugendlichen geflossen seien. ■



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)



Gisela Walsken (SPD)



Volkmar Klein (CDU)

# „Überflüssiger Umzug“

## Verfassungsschutzabteilung soll nicht nach Berlin

Mit „kraftvoller Einstimmigkeit“ – so fasste Vizepräsident Edgar Moron das Ergebnis der Abstimmung zusammen – haben alle vier Fraktionen des Landtags ein deutliches Signal nach Berlin ausgesandt: In einem gemeinsamen Eilantrag (Drs. 14/2919 neu) verurteilten CDU, SPD, GRÜNE und FDP den angekündigten Umzug von Teilen des Bundesamts für Verfassungsschutz von Köln in die Bundeshauptstadt.

Christian Möbius (CDU) erläuterte die Pläne: Es gebe die Absicht des Bundes, die Abteilung 6 des Bundesamtes, die sich mit der Beobachtung des islamistischen Extremismus befasst, nach Berlin zu verlegen. Dafür sei kein sachlicher Grund zu erkennen, im Gegenteil, die entstehenden Umzugskosten seien besser in der unmittelbaren Terrorbekämpfung eingesetzt. Hinzu komme, „dass mit der jetzt bekannt gewordenen Verlagerung die Tür für den Umzug weiterer Abteilungen des Bundesverfassungsschutzamtes geöffnet wird. Diesen Rutschbahneffekt haben wir auch schon bei anderen Behörden erlebt. Deshalb sagen wir: Wehret den Anfängen!“ Der Umzug sei auszusetzen, „bis ein organisatorisches Gesamtkonzept entwickelt worden ist und den Betroffenen und der Öffentlichkeit vorgestellt wurde“. Mit dem Eilantrag zeige man den Betroffenen und ihren Familien, „dass wir an ihrer Seite sind“.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) fragte nach den sachlichen Gründen für die Umzugspläne: Die habe der Bund bisher dem Land nicht mitgeteilt, bemängelte er. Es komme auch nicht so sehr auf die fachliche Debatte mit dem Bundesinnenministerium an, sondern darauf, „wie sich der Bund gegenüber unserem Land verhält“. Wenn man argumentiere, die Teilung einer Behörde auf zwei verschiedene Standorte sei kein Problem, dann gebe es auch für den Versuch des Bundes keine Rechtfertigung, „in einer Salami-taktik alle Behörden nach Berlin zu verlagern, also zu zentralisieren“. Der Abgeordnete warnte vor einem „schleichenden Verfassungswandel“ durch die Bestrebungen des Bundes, Befugnisse in der Inneren Sicherheit an sich zu ziehen. Sorge mache aber auch, „wie hier mit dem Personal umgegangen wird“. Das sei völlig inakzeptabel.

Andrea Asch (GRÜNE) freute sich über den Antrag. Er zeige, dass es auch über Fraktionsgrenzen hinweg möglich sei, „für eine Region gemeinsam einzustehen“. Es gehe nicht um den Umzug von ein paar Kartons, die nach Berlin gebracht würden, „vielmehr geht es um die Arbeitsplätze von Menschen, die seit langem ihre Wurzeln in Köln und in der Region und hier ihren Lebensmittelpunkt haben“. Es gebe die

Befürchtung, dass es mit dem dadurch eingeleiteten Rutschbahneffekt zu einer schleichenden Aushöhlung der Bonn/Berlin-Beschlüsse kommen wird. Wenn dann auch noch die Verbände, Unternehmen, Botschaften, Konsulate und Sender diesem Signal folgten, dann gebe es die Angst, „dass aus diesem Rutschbahneffekt ein Erdbeben für die gesamte Region wird“. Im Zeitalter der modernen Kommunikationsmittel könne die körperliche Anwesenheit von 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgerechnet in Berlin kein Argument sein.

Horst Engel (FDP) hatte Zweifel, ob der Bund noch daran interessiert ist, Standortfragen oberster Bundesbehörden „dauerhaft, berechenbar und fair“ zwischen Bund und Ländern zu regeln. Entsprechende Befürchtungen hätten sich mittlerweile bewahrheitet, betonte der Abgeordnete und war froh darüber, dass der gesamte Landtag sich gegen die Aufweichung der Bonn/Berlin-Beschlüsse querlege. Das Bundesamt liege mit seinem Standort Bonn im „kriminalgeografischen Brennpunkt“. Sein Appell an den Bundesinnenminister: „Herr Schäuble, lassen Sie das Amt arbeiten, nicht umziehen!“ Mit dem Eilantrag unterstütze der Landtag auch den Rat der Stadt Köln, der sich mit einer Resolution gegen den Umzug „geradezu gestemmt“ habe.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) mahnte, nach den Anschlagversuchen auf die Regionalbahnen nach Hamm und Koblenz am 31. Juli dieses Jahres würden „jetzt die Arbeitskraft und die hohe Motivation der Mitarbeiter nicht für Umzugspläne benötigt, sondern für die Konzentration auf die Probleme, die in diesem Lande bestehen. Der Umzug ist überflüssig. Die Landesregierung wird alles tun, um dies gegenüber dem Bund deutlich zu machen“. Im Übrigen könnten Aufklärung und Analyse, wie die bisherigen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Landesämtern für Verfassungsschutz gezeigt hätten, vom derzeitigen Standort Köln aus besser betrieben werden. ■



Fotos: Schälte

# Schlag für eine ganze Region

## SPD fordert höhere Siemens-Hilfen für BenQ-Beschäftigte

*In einer emotionsreichen Debatte diskutierte der Landtag über die Insolvenz des in Bocholt und Kamp-Lintfort ansässigen Handy-Herstellers BenQ Mobile. Im Jahr 2005 hatte das taiwanische Unternehmen die kränkelnde Handy-Sparte von Siemens übernommen. Die SPD wirft dem Siemens-Konzern jetzt vor, sich trotz seiner Milliardengewinne aus der Verantwortung für die Beschäftigten von BenQ zu stehlen. Die bisher von Siemens angebotenen Hilfen seien deutlich zu niedrig. Landtag und Landesregierung müssten nun gemeinsam dazu beitragen, dass die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine neue Perspektive für ihre berufliche und persönliche Zukunft gewinnen können, heißt es im Antrag (Drs. 14/2876).*

Theo Peschkes (SPD) nannte den Fall Siemens/BenQ ein „verheerendes Zeugnis für den Niedergang einer Unternehmenskultur“. Vorbei seien die Zeiten, in denen Siemens weltweit als Beispiel für verantwortungsvolle Unternehmenspolitik galt. „Heute regiert ein kaltschnäuziges Management, für das ausschließlich der Aktienkurs im Mittelpunkt des Interesses steht“, so der Abgeordnete. Bisher habe sich Siemens komplett seiner Verantwortung entzogen. Die in Aussicht gestellten 35 Millionen Euro für einen Notfallfonds seien „weniger als ein Almosen“. Vor dem Hintergrund, das der Siemens-Vorstand seine „ohnehin schon üppigen Gehälter“ um 30 Prozent erhöhen will, erscheine dies „mehr als geschmacklos“. Peschkes: „Ich erwarte, dass der Ministerpräsident BenQ und Siemens verpflichtet, sich für die betroffenen Standorte zu engagieren.“

Peter Kaiser (CDU) sprach von einem „herben Schlag“ für die Region Niederrhein. Dies sei umso schmerzlicher, „weil gerade die Mitarbeiter, die jetzt vor einem Scherbenhaufen stehen, für sich und ihre Familien mit einem Lohnverzicht von 30 Prozent und Mehrarbeit alles dafür getan haben, um ihre Arbeitsplätze zu sichern“. BenQ habe in Sachen Verantwortung „deutlich versagt“. Daher sei es nun an Siemens alles dafür zu tun, um Mitarbeitern ohne Arbeitsplatzalternative bei BenQ alternative Beschäftigungsmöglichkeiten

in anderen Unternehmen der Siemens AG zu suchen. Hierbei könne das Land allenfalls als Moderator auftreten. Das geschehe bereits mit Erfolg. Grundsätzlich sei es jedoch nicht möglich – wie im SPD-Antrag formuliert –, dass die Landesregierung Unternehmen zu bestimmten Handlungen verpflichtet.

Reiner Priggen (GRÜNE) betonte, dass die Angelegenheit BenQ in allererster Linie eine Angelegenheit von Siemens sei: „Wenn ein so großer namhafter Konzern, der Überschüsse in Höhe von drei Milliarden Euro nach Steuern erzielt, das weite Entgegenkommen der IG Metall und der Beschäftigten so missbraucht, dann ist das eine unglaubliche Sauerei, um es ganz klar zu sagen.“ Den Antrag der SPD verstehe er als Aufruf in Richtung Landesregierung, bei Siemens und BenQ alle Möglichkeiten der Einflussnahme mit entsprechendem Nachdruck auszuschöpfen. Daher werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Dietmar Brockes (FDP) zeigte sich „fassungslos“ über das Verhalten des Siemens-Vorstands. Die Probleme, die es bereits vor der Abgabe der Siemens-Handysparte an BenQ gab, seien ausschließlich dem Management anzulasten. Ein Blick nach Bochum zu Nokia oder nach Flensburg zu Motorola verdeutliche, dass es in Deutschland nach wie vor möglich ist, unter wettbewerbsfähigen Bedingungen Handys zu entwickeln und auch zu produzieren. Gleichwohl rechne er auch künftig mit Hiobsbotschaften von massiven Stellenstreichungen in der Industrie. Dieser Entwicklung könne das Land nur durch verstärkte Investitionen in Forschung, Bildung und Ausbildung sowie durch einen grundlegenden Mentalitätswechsel in der Wirtschafts- und Strukturpolitik entgegenwirken, statt „jedes Jahr mehrere Milliarden Euro an Steinkohlesubventionen“ zu versenken.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) berichtete, dass sich die Landesregierung derzeit in intensiven Gesprächen mit Siemens über eine finanzielle Unterstützung für die betroffenen BenQ-Standorte in NRW befinde, die über die bereits angekündigten 35 Millionen Euro hinausgeht. Außerdem plane die Siemens AG an zwei Standorten, nämlich bei Flender in Bocholt und bei Power Generation in Mülheim, eine weitere Expansion mit der Einstellung zusätzlicher Beschäftigter. „Wir sind zuversichtlich, dass davon auch Arbeitnehmer profitieren können, die derzeit bei BenQ sind und den drohenden Arbeitsplatzverlust im Nacken haben“, so die Ministerin. ■

Zwischen Sarkasmus und Zukunftsangst – zurückgelassene Transparente nach einer Demonstration vor dem Landtag. Foto: Schälte



# Gerechtigkeit und Gegenfinanzierung

## Streit in der Aktuellen Stunde um längeres Arbeitslosengeld

„Die Menschen in NRW brauchen Klarheit – Wie soll die kostenneutrale Umsetzung der Forderung nach einem längeren ALG I-Anspruch für Ältere gegenfinanziert werden?“ Auf diese Frage an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers erwarteten die Grünen eine Antwort in der Aktuellen Stunde des Landtags. Der nordrhein-westfälische Regierungschef will bekanntlich die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I (ALG I) stärker als bisher an die Dauer der Beitragszahlung koppeln.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, wollte wissen: „Durch welche Leistungskürzungen wollen Sie Ihre vermeintlichen Wohltaten gegenfinanzieren?“ Die Vorschläge der CDU gingen auf Kosten des jungen Familienvaters, der keine kontinuierliche Arbeitsbiografie vorweisen könne; auf Kosten der jungen Akademikerin, die Familienplanung und Karriere unter einen Hut bringen wolle; und auf Kosten der Bauarbeiter, der im Winter arbeitslos würde. Der Blick des Ministerpräsidenten sei insbesondere frauenfeindlich, denn er beschränke sich immer noch auf die „männliche Standard-Erwerbsbiografie des letzten Jahrhunderts“. Löhrmann: „Sankt Martin hat seinen eigenen Mantel geteilt“, sagte Löhrmann. „Sie hingegen nehmen die Lumpen der Armen und wollen die noch teilen.“

Rudolf Henke (CDU) fand, es sei geradezu entwürdigend, wegen des zu geringen Freibetrags zur Altersvorsorge im Alter auf Sozialleistungen angewiesen zu sein: „Es kann nicht richtig sein, dass Menschen, die für ihr Alter vorgesorgt haben, das angesparte Vermögen im Falle der Hilfebedürftigkeit durch Verlust ihres Arbeits-

platzes bis auf einen Rest von 16.250 Euro aufzehren müssen. Mit dem bisherigen Freibetrag von 250 Euro pro Lebensjahr, also maximal 16.250 Euro, kann eine zusätzliche Rente von 80 oder 90 Euro erreicht werden“, rechnete Henke vor. „Allein durch die Reduzierung des Rentenniveaus wird sich aber für Standardrentner langfristig eine Rentenminderung von 300 Euro monatlich ergeben.“ Er plädierte dafür, die Freibeträge für alle Anlageformen der Altersvorsorge zu erhöhen.

Rainer Schmetzler (SPD) wandte sich an den Regierungschef: „Was Sie vorschlagen, ist ein Gerechtigkeitsabbau- und enormes Bürokratieaufbaugesetz.“ 700 Millionen Euro würde die Ausweitung der Bezugsdauer von ALG I kosten und weitere 500 Millionen die Anhebung des Schonvermögens, also 1,2 Milliarden Euro insgesamt. Der Abgeordnete: „Das bedeutet: Sie müssen abkassieren. Abkassieren bei den jungen Arbeitslosen, bei denen unter fünfzig, bei Frauen, die wegen Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Bei Beschäftigten im Saisonarbeitsbereich. Bei Arbeitnehmern, die ein- oder mehrmals ihren Job verloren haben, die mal als Freiberufler gearbeitet haben, die mal einen Minijob hatten, die mal umgeschult haben, deren Betrieb Pleite gemacht hat.“

Christian Lindner (FDP) erklärte: „Wir führen diese Debatte, weil es auch für gut ausgebildete Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, mittlerweile fast unmöglich ist, binnen Jahresfrist eine neue Arbeit zu finden.“ Die Älteren fänden es ungerecht, nach vielen Jahren als Beitragszahler genauso behandelt zu werden wie diejenigen, die nur kurz Beiträge entrichtet haben, und auch noch große Teile ihrer Altersversorgung zu verlieren. „Dieses Empfinden der Ungerechtigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung gefährdet die Zustimmung zu weiteren, notwendigen Reformen in Deutschland“, sagte Lindner.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) unterstrich die Sätze: „Je älter, desto schwieriger eine neue Arbeitsstelle zu finden“ und: „Zu alt für den Job, zu jung für die Rente.“ Die Möglichkeit, mit 55 Jahren in Altersteilzeit zu gehen, laufe ab. Rente wegen Arbeitslosigkeit sei dann frühes-



Rainer Schmetzler (SPD)



Christian Lindner (FDP)



Arbeitsminister  
Karl-Josef Laumann (CDU)



Ministerpräsident  
Jürgen Rüttgers (CDU)

Fotos: Schälte

tens mit 63 und mit Rentenabschlag möglich, sagte er und fragte die Opposition: „Sind Sie so weit von der Wirklichkeit weg, dass Sie keine Rentenbescheide mehr kennen?“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) meinte, nur weil die Hartz-IV-Gesetze einmal so beschlossen worden seien, müssten sie nicht so bleiben. Im Übrigen gebe es ja heute schon eine Staffelung beim Arbeitslosengeld. Rüttgers erinnerte daran, wesentliches Ziel der Hartz-Reformen sei es gewesen, erwerbsfähige Arbeitslose möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und jedem innerhalb eines Jahres einen Arbeitsplatz anzubieten – das sei bisher aber nicht passiert. Rüttgers mahnte die Abgeordneten: „Machen Sie nicht eine parteipolitische Schlacht aus dieser Sache, sondern denken Sie an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land!“



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Rudolf Henke (CDU)

Zuhörer in eigener Sache:  
Schülerinnen und Schüler  
auf der Empore des Plenar-  
saals. Foto: Schälte

**Bernhard Recker** (CDU) erläuterte, im Koalitionsvertrag sei vereinbart, die Gesamtschulen müssten sich im Wettbewerb bewähren. Für sie sollten dieselben Standards wie für alle anderen Schulformen unter den gleichen Rahmenbedingungen gelten. Recker: „Wir wollen Bildungsgerechtigkeit – und dazu bedarf es übereinstimmender Kriterien. Es gab aus unserer Sicht Rahmenbedingungen für verschiedene Schulformen, die ungerecht waren.“ Als Beispiele nannte er die Ganztagsbeschulung und den erheblichen Zuschlag, den die Gesamtschulen im Vergleich zu anderen Schulformen für die Schulleitung bislang erhielten. „Dabei sind die Aufgaben für die Leitung eines Berufskollegs nicht weniger vielfältig und komplex als an einer Gesamtschule“, so der Abgeordnete. „Wir sind dafür, Gleiches gleich zu behandeln und dagegen, dass eine Schulform gegenüber den anderen Schulformen privilegiert wird.“

**Renate Hendricks** (SPD) sagte, hinter dem „Theaterdonner“ solle die Aktuelle Stunde dazu dienen, von der sachlich nicht begründbaren Verschlechterung für die Gesamtschulen abzulenken. Die Gesamtschulen nähmen nicht nur die Besten eines Jahrgangs auf, sondern eben oft diejenigen, die sich schwerer täten, das Abitur zu erreichen. Hendricks: „Und nun gehen Sie auch noch auf Stundenklau in den Gesamtschulen, indem Sie die Schulleiterpauschale kürzen.“ Dabei leisteten die Gesamtschulen das, was von anderen Schulen nun erwartet werde, nämlich die individuelle Förderung. „Viele entlassen so gut wie keinen Schüler ohne Schulabschluss und haben teilweise anteilmäßig mehr Abiturientinnen und Abiturienten als der Landesdurchschnitt. Gesamtschulen kosten den Steuerzahler weniger als der Schulbesuch im dreigliedrigen Schulsystem. Denn dort bleibt fast kein Schüler sitzen.“

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) sprach von „Notenkosmetik der Gesamtschulen“ und kritisierte die zu gute Bewertung der Gesamtschulklausuren im Vergleich zum Gymnasium. Insbesondere die Auswertung der Vergleichsarbeiten in der 12. Jahrgangsstufe (Testlauf für das Abitur) hätten gezeigt, dass die Abiturleistungen über die Fächer hinweg seit Jahren in der Gesamtschule deutlich unter den Ergebnissen der übrigen Schulformen lägen. „Es kann nicht sein, dass Gesamtschulabiturienten mit guten Noten – aber signifikant schlechteren Leistungen – bei der Vergabe von Studienplätzen in NC-Fächern die Nase vorn haben. Noch besteht eine Gerechtigkeitslücke, die wir schließen wollen“, sagte sie. „Gesamtschulen müssen qualitativ aufschließen. Nur wenn alle Schulformen in einen



## Fairen Wettbewerb angemahnt

### Koalition will gegen die „Privilegien der Gesamtschulen“ angehen

*Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP haben die Landtagsabgeordneten in einer Aktuellen Stunde über „Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen – Für Qualitätsverbesserungen in einem fairen Wettbewerb aller Schulformen“ debattiert. Hintergrund: Die beiden Koalitionsfraktionen sehen Privilegien der Gesamtschulen gegenüber anderen Schulen, vor allem dem Gymnasium. Sie wünschen sich darum, alle Schulformen gleich zu behandeln.*

fairen Wettbewerb miteinander treten können, haben auch alle Schüler eine echte Chance in der Zukunft.“

**Sigrid Beer** (GRÜNE) machte auf die andere Schülerklientel der Gesamtschulen aufmerksam: „In der Tat können die Gesamtschulen stolz darauf sein, dass sie mehr Kinder aus Zuwandererfamilien, aus bildungsferneren Schichten zum Abitur führen.“ Schulen, die diese Integrationsleistung für die Gesellschaft erbringen, müssten gestärkt werden und dürften nicht noch zusätzlich durch eine Landesregierung abgestraft werden. Im Gegensatz dazu sei die Hauptschul-Wiederbelebungsoffensive ein „totgeborenes Kind“. Für die Hauptschule gebe es keine Zukunft mehr: „Dass heute die allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit von Ganztagschule gewachsen ist, begrüßen wir ausdrücklich, die gesamte Schullandschaft muss

dahin entwickelt werden. Der Ganztags bringt es aber nicht per se, das zeigen die Hauptschul-Anmeldezahlen. Also stellen Sie ihre unseligen Gesamtschulattacken ein, wir brauchen mehr Abiturienten.“

**Schulministerin Barbara Sommer** (CDU) stellte fest, bei allen Diskussionen über die Gesamtschule dürfe man nicht vergessen: Guter Unterricht ist der Schlüssel. Es gebe schlechte Gesamtschulen, und es gebe gute Gesamtschulen im Land. Im Durchschnitt jedoch sei die Gesamtschule in NRW nicht auf einem Leistungsniveau, dass sie als Modell für die anderen Schulformen erhalten könnte. „Es gibt nicht den einen großen Schalter im Schulwesen, den man umlegen muss – und alles wird gut. Wir müssen vielmehr die vielen tausend Schalter in jeder Schule, in jedem Klassenzimmer umlegen. Wir müssen überall individuelle Förderung möglich machen.“ ■

# Einkaufen rund um die Uhr

## Landtag verabschiedet neues Ladenöffnungsgesetz

*In NRW sind ab sofort die Ladenöffnungszeiten an Werktagen komplett freigegeben. Von montags bis samstags dürfen die Geschäfte jetzt rund um die Uhr geöffnet sein. An Sonn- und Feiertagen müssen sie – wie bisher – geschlossen bleiben. Es gibt Ausnahmen für bestimmte Waren wie Blumen, Backwaren oder Zeitschriften und für bestimmte Verkaufsstellen, zum Beispiel Apotheken oder Tankstellen. Während die Regierungsfractionen die neue Freiheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern hervorhoben, kritisierte die Opposition das Gesetz als „arbeitnehmer- und familienfeindlich“ sowie als „unchristlich“. Das Gesetz wurde in dritter Lesung mit den Stimmen von CDU und FDP und gegen die von SPD und Grünen angenommen.*

Foto: Schälte

Lutz Lienenkämper (CDU) betonte, mit dem neuen Ladenöffnungsgesetz bekämen sowohl die Händlerinnen und Händler als auch die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW mehr Freiheit. Aufgabe des Staates sei es nicht, „generell zu regeln, wann die Läden zu öffnen sind und wann nicht.“ Es gelte jedoch, „in diese Freiheit einen Verantwortungsrahmen zu setzen.“ Deshalb sei der Sonntagsschutz geregelt und gewährleistet worden. Auch den Arbeitsschutz habe die Koalition im Auge gehabt. Auf die Kritik der Kirchen, die in der Expertenanhörung deutlich geworden sei, habe man besonders geachtet. Durch Änderungsanträge sei nun dafür gesorgt worden, dass „ein guter Gesetzentwurf noch besser geworden ist“.

Rainer Schmeltzer (SPD) ließ keinen Zweifel aufkommen: „Wir lehnen das Gesetz ab.“ Die vorgelegten Änderungen des ursprünglichen Gesetzentwurfs seien „reine Kosmetik“. Die Sonn- und Feiertagsänderung der Koalition ginge zwar prinzipiell in die richtige Richtung, sie sei aber definitiv nicht ausreichend. Die Kritik, vor allem die der Kirchen, sei nicht gehört worden, insbesondere in Bezug auf die langen Öffnungszeiten am Samstag. Für die über 400.000 Beschäftigten, darunter etwa 70 Prozent Frauen, bringe das Gesetz klare Nachteile.

„Dieses Gesetz ist arbeitnehmerfeindlich, familienfeindlich, mittelstandsfeindlich, verbraucherfeindlich, feindlich gegenüber christlichen Werten, ehrenamtsfeindlich“, so Schmeltzer.

Barbara Steffens (GRÜNE) warf der Regierung vor, dies sei ein Gesetz, „das weiter geht und mehr Standards für die Beschäftigten, aber auch die Verbraucherinnen und Verbraucher abbaut, als in allen anderen Bundesländern.“ Zudem sei „übereinstimmend eine Ablehnung des Gesetzentwurfs in der Anhörung von allen Anzuhörenden wahrzunehmen“ gewesen. Ihr Fazit: „Es ist der Einstieg in den Ausstieg der kleinen und mittleren Unternehmen im Einzelhandel, es ist der Einstieg in eine Kostenspirale für die Kommunen beim Ausbau des ÖPNV, es ist der Abbau der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie des Arbeitsschutzes, es ist eine Sicherheitsgefährdung für die Beschäftigten und es ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein Minus an qualitativer Auswahl.“

Dietmar Brockes (FDP) hob hervor, dass NRW – voraussichtlich noch vor Berlin – das erste Bundesland sei, das die Ladenöffnungszeiten freigibt. Die Menschen bekämen „neue Freiheiten, die sie bisher leider nur aus dem Urlaub kennen“. Das neue Ladenöffnungsgesetz habe

zudem einen wichtigen Symbolcharakter, da NRW beim Bürokratieabbau „bundesweit an der Spitze der Bewegung“ stehe. Der Schutz des Sonntags stehe auch in der Bibel, da Gott nach sechs Schöpfungstagen den Ruhetag gesegnet und ihn geheiligt habe: „Auf Neudeutsch bedeutet das 6 mal 24.“ Dementsprechend bleibe der Sonntag bis auf wenige Ausnahmen geschützt. Die Kritik der Kirchen sei sehr ernst genommen und ein wirklich „christlich-liberales Gesetz“ vorgelegt worden.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) bedankte sich bei allen Beteiligten dafür, dass „ein ambitioniertes Gesetzgebungsverfahren schnell, effizient und mit der nötigen Sorgfalt durchgeführt“ worden sei. Im Rahmen der Expertenanhörung geäußerte Bedenken seien ernst genommen worden und hätten ihren Niederschlag „an der einen oder anderen Stelle des Gesetzentwurfs“ gefunden. So sei nicht nur das Ziel, den Schutz von Sonn- und Feiertagen weiterhin zu gewährleisten, erreicht worden, sondern der Feiertagsschutz im Vergleich zur bisherigen Regelung sogar noch verstärkt worden. Dazu könnten die jeweiligen Standortvorteile künftig besser genutzt werden. Der Opposition warf sie vor, eine „abenteuerliche Debatte“ zu führen. ■



# Keine Zuwanderung in die Sozialsysteme

## Gut ausgebildete und integrierte Flüchtlinge sollen bleiben dürfen

*Auf Antrag der SPD-Fraktion hat sich der Landtag mit dem Thema Bleiberecht beschäftigt. Während die Koalitionsfraktionen darauf verwiesen, dass Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) die bundesdeutsche Debatte entscheidend angestoßen habe, warf die Opposition der Regierung Versagen vor. Sie forderte eine liberale Regelung sowie einen vorläufigen Abschiebestopp bis zu deren Inkrafttreten. Einig waren sich alle Fraktionen lediglich darin, dass der Antrag noch einmal an den Innenausschuss überwiesen und dort erneut diskutiert werden soll.*

Dr. Karsten Rudolph (SPD) forderte „eine großherzige, klare, einfache und unbürokratische Regelung“ des Bleiberechts. Er begrüßte den Vorschlag der Großen Koalition in Berlin. Seine Fraktion wolle keine Zuwanderung in die Sozialsysteme, man könne aber auch „keine unkontrollierte Zuwanderung auf einen sehr beladenen Arbeitsmarkt verlangen.“ Wichtig sei eine Vorgriffsregelung, damit bis zum Inkrafttreten des neuen Bleiberechts in NRW nicht Menschen abgeschoben würden, die später unter dieses Recht fielen. Der Landesregierung warf Rudolph vor, „in punkto Bleiberecht in den letzten Monaten versagt“ zu haben. Es sei ein „Skandal, dass das größte Land der Bundesrepublik bei einem solch wichtigen Thema abgetaucht ist.“

Peter Biesenbach (CDU) stellte an die Opposition gerichtet fest, man sei jetzt „so nahe an einer Bleiberechtsregelung“ wie noch nie, was früheren Regierungen nicht gelungen sei. Eine Regelung, „die die Altfälle löst“, sei das Ziel seiner Fraktion: „Wir stützen ein Bleiberecht für Menschen, die wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind.“ Das gelte jedoch nicht für denjenigen, der die Behörden getäuscht und deutlich gemacht hätte, dass „er diesen Staat ausnutzen will“. Außerdem müsse eine Zuwanderung in die Sozialsysteme verhindert werden. Sein Fazit: Man habe über das Thema lange gestritten, nun aber gebe es mit der Innenministerkonferenz die Hoffnung, dass in naher Zukunft eine Einigung erreicht werde.

Monika Düker (GRÜNE) attestierte dem Entwurf der Großen Koalition, dass er „das Beste ist, was wir seit Jahren als Vorschlag zu diesem Thema auf dem Tisch haben.“ Diejenigen, die bislang keine Aussicht auf finanzielle Unabhängigkeit gehabt hätten, bekämen diese nun: „Damit wird jedem Geduldeten eine faire Chance gegeben, sich wirtschaftlich zu integrieren.“ Das sei ein großer Schritt in die richtige Richtung, es gelte allerdings abzuwarten, „wie dieses Geschachere und Gezerre ausgehen wird.“ Sie forderte eine Vorgriffsregelung, einen Abschiebestopp, damit nicht vor der gesetzlichen Regelung noch viele Menschen abgeschoben würden. Es müsse Rechtssicherheit vor Ort geben. Der CDU warf sie vor, über Jahre eine Lösung hinausgezögert zu haben.

Horst Engel (FDP) hob hervor, wie oft dieses Thema bereits diskutiert worden sei: „Es geht einfach nicht weiter.“ Dabei seien durchaus Gemeinsamkeiten zu erkennen. Auch „diese Landesregierung und auch dieser Innenminister wollen Gnade vor Recht ergehen lassen – im Einzelfall.“ Ebenso wolle man allen Betroffenen eine faire Chance einräumen. Engel nahm Innenminister Wolf vor Kritik in Schutz: Er sei „sehr vorsichtig“ in seinen Äußerungen gewesen, habe aber auch auf den Missbrauch hingewiesen, „den wir nicht unterstützen.“ Es sei nun zu hoffen, dass die Innenministerkonferenz – deren Prinzip die Einstimmigkeit ist – zu ei-



Horst Engel (FDP)

Integrationsminister  
Armin Laschet (CDU)

Theo Peschkes (SPD)

nem schnellen Ergebnis komme: „Wir drücken die Daumen; mehr können wir hier nicht tun.“

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) war zufrieden darüber, dass die CDU dieses Thema so weit vorangebracht habe, dass es nun „entscheidungsreif“ sei. Von der Regelung müssten die Menschen erfasst werden, „die Deutsch sprechen, deren Kinder hier geboren sind, deren Familien integriert sind und die Arbeit haben.“ Es werde keinen dauerhaften Abschiebestopp geben: Straftäter etwa würden auch weiterhin abgeschoben. Er hob hervor, „dass unser Innenminister auf eine Lösung hinarbeitet, wonach die, die nicht auf Dauer von den Sozialsystemen leben, sondern hier arbeiten wollen, eine Perspektive in diesem Land bekommen. Das ist Integrationspolitik, wie wir sie verstehen.“

Theo Peschkes (SPD) zweifelte daran, dass man kurz vor einer Einigung stehe. Er forderte ein aktives Handeln: „Ich glaube, wir müssen den Knoten durchschlagen. Wir müssen den Bund auffordern, ein Gesetz einzubringen. Dann kann im Bundesrat dagegen votiert werden, aber wir haben am Ende eine Lösung.“ ■



Peter Biesenbach (CDU)

Monika Düker (GRÜNE)

## Über Jahre die Politik geprägt

### Landtag gedenkt des verstorbenen John van Nes Ziegler

Fotos: Schälte

*In einer Schweigeminute haben die Landtagsabgeordneten des ehemaligen Präsidenten und Ersten Vizepräsidenten John van Nes Ziegler gedacht. Dazu hatten sie sich von ihren Plätzen erhoben. John van Nes Ziegler war am 14. November im Alter von 85 Jahren in seiner Heimatstadt Köln, deren Ehrenbürger er war, gestorben.*

**M**it John van Nes Ziegler verlieren wir in Nordrhein-Westfalen einen überaus erfahrenen und geradlinigen Demokraten, der über Parteigrenzen hinweg ge-

schätzt und geachtet wurde und der die Politik unseres Landes über Jahrzehnte geprägt hat.“ Mit diesem Satz würdigte Landtagspräsidentin Regina van Dinther ihren Amtsvorgänger. Die-

ser hatte dem Landtag von 1953 bis 1985 angehört und war Präsident des Hohen Hauses von 1966 bis 1970 und dann noch einmal von 1980 bis 1985. In der Zwischenzeit, von 1970 bis 1980, hatte er das Amt des Ersten Vizepräsidenten des Landtags inne. Van Dinther: „Sein Wirken im Landtag war von unermüdlichem Engagement, großer Fairness und tiefgründigem rheinischen Humor geprägt.“

Sie hätte gerne ihren Vorgänger beim Festakt zum 60-jährigen Geburtstag von Land und Landtag am 25. Oktober in der Tonhalle begrüßt, fuhr die Präsidentin fort. Van Nes Ziegler habe unter Hinweis auf die Strapazen einer gerade überstandenen Operation absagen müssen, aber zugesagt, die Begegnung nachzuholen.

„Leider ist dies nun nicht mehr möglich geworden. Was bleibt, ist die Erinnerung an sein großes Lebenswerk. Der Landtag Nordrhein-Westfalen gedenkt John van Nes Ziegler in Dankbarkeit, Respekt und Verehrung“ (Siehe auch Seite 21). ■

## Hilfe für viele Menschen

### Kosovoreise einer Delegation brachte Erkenntnisse

*Insgesamt 2.144 Eingaben sind beim Petitionsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eingegangen. Das berichtete die Stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Sigrid Beer (GRÜNE), im Landtag.*

**A**bschließend bearbeitet wurden 1.816 Petitionen. Eine positive Entscheidung, also eine Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger, wurde im schriftlichen Verfahren in jedem fünften Fall erreicht. Im aufwändigeren Verfahren nach Art. 41a der Landesverfassung (Orts- und Erörterungstermin) liegt die Erfolgsquote bei 45 Prozent.

Inhaltliche Schwerpunkte der Petitionsarbeit waren – in dieser Reihenfolge – die Bereiche Rechtspflege/Betreuungsrecht, soziale Sicherung und öffentliches Dienstrecht.

Als äußerst angespannt wurde bei einer Reise des Petitionsausschusses in den Kosovo die soziale Lage vor Ort bewertet. Ernsthafte erkrankte Personen sollten nach Meinung des Ausschusses nur dann zurückgeführt werden, wenn eine medizinische Weiterbehandlung sichergestellt ist. Gerade in Bezug auf die medizinischen Behandlungsmöglichkeiten stellte die Delegation Differenzen zwischen den offiziellen Berichten und der angetroffenen Realität fest.

Berichtet wurde weiterhin über einen tragischen Fall aus dem Hochsauerlandkreis. Hier

setzt sich der Petitionsausschuss für die Rückkehr einer Familie (Mutter mit fünf Kindern) aus Serbien-Montenegro ein. Diese waren abgeschoben worden, obwohl sich in der Familie ein Gewaltdrama von seltener Brutalität abgespielt hatte. Der inzwischen zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilte Vater hatte über Jahre hinweg einige seiner Kinder sexuell missbraucht und körperlich schwer misshandelt. Mutter und Kinder waren abgeschoben worden, ohne den gebotenen Opferschutz und eine Therapie vor allem der missbrauchten Kinder sicherzustellen. Dies muss nach Auffassung der Abgeordneten nachgeholt werden und zwar in Deutschland, da die Kinder sich nur in Deutsch verständlich machen können.

Aus dem Bereich Schule wurde über eine Eingabe berichtet, mit der Eltern kritisierten, dass anlässlich einer Kursfahrt eines Gymnasiums nach Australien die Reisekosten der beiden begleitenden Lehrer von den Schülern beziehungsweise Eltern mitfinanziert worden sind. Die Lehrer mussten ihren Reisekostenanteil an die Eltern der Schüler zurückzahlen.

Aufgefallen im Petitionsausschuss war ein Bescheid der Schulaufsicht einer Bezirksregierung, der über 20 Grammatik- und Rechtschreibfehler enthielt. Kein guter Ausweis gegenüber Eltern in einer Schulangelegenheit. Immerhin belegte das Schreiben, wie weit man heute mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche selbst in der Schulbürokratie kommen kann.

Den Petitionsausschuss erreicht hat unter anderem auch ein Vorschlag zum Nichtraucher-schutz. In Gaststätten sollten nur dort gekaufte, eingefärbte Zigaretten zu deutlich erhöhten Preisen geraucht werden dürfen. Der Petitionsausschuss bezweifelt zwar nicht, dass dieses Verfahren Auswirkungen auf die Raucher, Nichtraucher und Gesundheit hätte. Allerdings: So richtig überzeugt war der Ausschuss nicht. ■



# Die in sich ruhende Drehscheibe

## Eine besondere Region als Gastgeber eines Regionalabends

*Von Rommerskirchen bis Emmerich, von Brüggen bis Düsseldorf. Moment, welches Düsseldorf: Düsseldorf-Oberkassel oder Düsseldorf-Erkrath? Wo bitte genau liegt der Niederrhein? Was für eine Frage! Wer so einen leichten und lustigen Abend hinlegen kann, wie das die Region am 15. November in Landtag geschafft hat, der braucht kein fest umrissenes Territorium mit Grenzmarken und Schlagbäumen.*

Norbert Killewald (SPD) und Profimodel Simone auf dem Laufsteg.

Fotos: Schälte

Niederrheiner ist man durch Geburt oder man wird es durch Einstellung. Fleißig sein, aber auch genau wissen, wann es genug ist. Philosophieren und dabei mit beiden Beinen auf dem Boden bleiben. Ein unverkrampftes Verhältnis mit den höheren Mächten pflegen. Gut essen und trinken und den eigenen Garten hegen, um die Kraft zu haben, in sich selbst zu ruhen. Mit Humor den Widrigkeiten des Lebens den Stachel nehmen. Sich nicht über Gebühr wichtig nehmen. Man ahnt schon: Wir sollten alle mehr auf den Niederrheiner in uns hören.

Um so mehr nach der Lektion, die der Landtag am Regionalabend erlebte und die ihn (wer weiß?) vielleicht ein wenig niederrheinischer

gemacht hat. Kompliment, ihr Niederrheiner, eine große Vorstellung war das!

Da liefen echte Models mit Landtagsabgeordneten über den Laufsteg. Feine Pullis, dezente Krawatten, schneeweiße Hemden, elegante Blusen, modische Hosen und Röcke – alles aus der Moderegion Niederrhein. Schick! Riesenbeifall für die Amateure aus der Politik und die Profis aus der Mode.

Da haderte ein bekannter Fernsehkoch mit seinem Schicksal, weil er aus Sicherheitsgründen auf seinen gewohnten, mit Gas befeuerten Kochherd verzichten musste. Aber wie er das tat – das trieb den Zuschauerinnen und Zuschauern die Lachtränen in die Augen. Der Niederrhein als Hort guten Essens und als Heimat des Humors – guten Appetit!

Was für eine vielseitige Region! Da kamen Sportler zu Wort und ein Unternehmer, der dem Sport auf die Sprünge hilft. Und ein Sportler, der zum Unternehmer geworden ist. Ferner eine Unternehmerin, die gar nicht daran denkt, trotz verlockender Offerten das von der Familie streng gehütete Rezept für einen bekannten Magenbitter irgendeinem anonymen Großkonzern in den Rachen zu werfen.

Verbundenheit mit der Region muss nicht provinzielle Selbstbeschränkung bedeuten. Mittelstand ist nicht gleich mittelmäßig. Maschinen, Materialien und Produkte vom Niederrhein wandern in die Welt und haben dort einen guten Ruf, auch wenn sie etwas mehr kosten. Sie sind ihr Geld wert, das weiß man draußen.

Der Rhein trägt sie davon. Er bringt die Güter der Welt zur Drehscheibe am Niederrhein. Sie werden in Rotterdam angelandet. Per Schiff, Lkw oder auf der Schiene gelangen sie zur weiteren Verteilung zum Logistikstandort Duis-

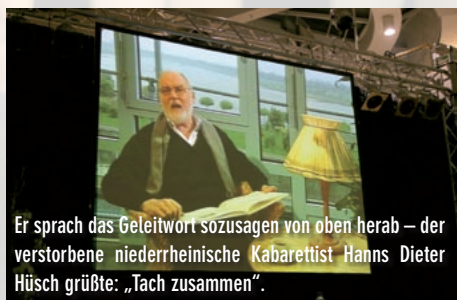
burg. Auch der belgische Seehafen Antwerpen ist angebunden. Der „Eiserne Rhein“ sucht nur noch sein neues Bett.

Die vom Wasser geprägte niederrheinische Landschaft ist reich an Naturschönheiten. Kanu und Fahrrad sind die Hauptverkehrsmittel eines schonenden und lohnenden Tourismus. Auch die Wildgänse aus Sibirien und Skandinavien fühlen sich hier wohl und machen Rast für den Winter. In der Gegend haben Römer, Spanier, Holländer, Franzosen und jüngst die Briten mit dem Hauptquartier der „Rhine Army“ in Rheindahlen ihre Spuren hinterlassen.

### VIELFALT

Kunst- und Kulturschätze von herausragender Bedeutung ziehen Menschen aus nah und fern an. Schloss Moyland mit den Werken von Joseph Beuys, der Archäologische Park Xanten, der Altar von Kalkar, das Museum Abteiberg in Mönchengladbach, die Museumsinsel Hombroich, das Europäische Übersetzerkolleg in Straelen. Das Energiezentrum mit seinen Braunkohlevorkommen und Braunkohlekraftwerken, der Steinkohlenbergbau im Raum Dinslaken, die Chemie in Dormagen und Uerdingen. Das Medikamentenhilfswerk „action medeor“ hat seinen Sitz in Tönisvorst. Es gibt Gegenden, die haben weniger aufzuweisen.

Der Niederrhein ist mehr als eine Wirtschaftsregion. Er ist ein Zustand, eine Befindlichkeit. „Überall ist Niederrhein“, pflegte der vor einem Jahr verstorbene Poet des Niederrheins, Hanns Dieter Hüsch, zu sagen. Spätestens seit diesem Abend ist der Niederrhein im Hohen Hause angekommen. JK



Er sprach das Geleitwort sozusagen von oben herab – der verstorbene niederrheinische Kabarettist Hanns Dieter Hüsch grüßte: „Tach zusammen“.



Im Gespräch mit Moderator Bernd Müller (r.): Die Unternehmerin Christiane Underberg und Rolf Königs, Präsident von Borussia Mönchengladbach.

# „Wir haben einen niedrigen Schwerpunkt“

## Interviews mit Abgeordneten aus der Region Niederrhein

Der Niederrhein gehört bis heute zu den oftmals unterschätzten Regionen in NRW: Ein „Niemandland“ zwischen Holland und dem Ruhrgebiet? Diesem Vorurteil wollte „Landtag intern“ auf den Grund gehen und sprach daher mit Abgeordneten aus der Region, nämlich Marie-Luise Fasse (CDU), Hans-Willi Körfges (SPD), Oliver Keymis (GRÜNE) und Dietmar Brockes (FDP).

### Der Niederrhein zwischen Holland und den Ballungszentren an Rhein und Ruhr – wo hat die Region ihren Platz und wo liegen ihre Entwicklungschancen?

**Fasse:** Einer mythischen Überlieferung zufolge soll am Niederrhein vor grauer Urzeit einmal der Garten Eden gewesen sein – irgendwo zwischen den Flüssen Rhein und Maas. Ein landschaftlich etwas monotones und karges Paradies, aber eben auch eine Gegend, die sich ihre Ruhe nicht nehmen ließ. Ruhe ist aber nicht gleichbedeutend mit Stillstand, auch wenn das manch Außenstehender dem Niederrheiner nachsagt. Der Niederrhein liegt in einem zentralen europäischen Entwicklungsraum zwischen der Ruhr, den Niederlanden, Belgien sowie dem Großraum Köln. Er liegt im Schnittpunkt europäischer Verkehrsachsen. Diese Brückenfunktion muss genutzt werden durch die Ansiedlung von Wirtschafts- und Technologieparks und die Förderung von Gewerbegebieten im deutsch-niederländischen Grenzgebiet. Das geht nicht ohne Ausbau der Straßen- und Schienenverkehrsinfrastruktur. Gerade der

Fotos:  
Schälte



Marie-Luise Fasse (CDU)

Kontrast zwischen ländlichem Raum und Großstädten macht den Niederrhein attraktiv für Wirtschaft und Wissenschaft. Touristisch hat er eine enorme Vielfalt zu bieten – hier lassen sich Kultur und sportliche Aktivitäten zum Beispiel

durchs Radfahren wunderbar verbinden. Diese Stärke und die damit verbundenen Vorteile müssen wir ausbauen und bekanntmachen. Im Kreis Wesel, aus dem ich komme, geht es darüber hinaus darum, den Spagat zu schaffen zwischen dem eher ländlich geprägten Norden und den im Süden ansässigen Industriezentren. Noch immer ist die Agrarwirtschaft im Kreis das Rückgrat des ländlichen Raumes. Damit das so bleibt und den Landwirten ein zweites Standbein das Wirtschaften erleichtert, fördern wir unter anderem die Direkt- und Regionalvermarktung.

**Körfges:** Durch die geographische Lage im Herzen Europas kommt der Region eine besondere Bedeutung zu: Man merkt das an der Vielzahl der Verkehrsverbindungen, die wir haben, oder auch nicht haben.

Ich denke zum Beispiel an den Güterverkehr. Hier haben wir noch erheblichen Nachholbedarf. Jeder, der schon mal zur Hauptverkehrszeit die Strecke von Holland nach Düsseldorf zurücklegen musste, weiß, wovon ich rede. Abgesehen davon ist der Niederrhein eine Region, die sich Wettbewerb und Innovation auf überaus vielfältige Weise stellt: Würde sie früher nahezu ausschließlich mit der Textil- und Maschinenbauindustrie in Verbindung gebracht, so beherbergt sie heute viele unterschiedliche, hoch spezialisierte und insbesondere mittelständische Industriebetriebe, zum Beispiel im Elektronikbereich. Hier ist weiterhin Mut und Innovationskraft gefragt. Deshalb sind solche dramatischen Entwicklungen wie im Fall BenQ/Siemens Rückschläge, die kaum zu verdauen sind. Weitere Stärken des Niederrheins liegen im touristisch-kulturellen Bereich, ohne dass er zu den klassischen Tourismusregionen zählt. Auch dieser Zweig ist ausbaufähig.



Hans-Willi Körfges (SPD)

**Keymis:** Die Region Niederrhein ist so chancenreich, da sie zwischen den agilen und handelsfreudigen Holländern und dem im Bereich Industrie und Dienstleistung hoch entwickeltem Ruhrgebiet liegt. Zudem befindet sich der Niederrhein im Herzen Nordwesteuropas.

Die Region läuft jedoch Gefahr, als reines Transitgebiet wahrgenommen zu werden. Die gesamte Diskussion über die Verkehrsinfrastruktur am Niederrhein – Stichwort Eiserner Rhein oder Betuwe-Linie – macht dies deutlich. Hier besteht

tatsächlich noch erheblicher Nachholbedarf. Die Region hat jedoch wesentlich mehr zu bieten: Sie ist aus nordrhein-westfälischer Sicht unmittelbares Bindeglied zu Belgien und Holland.

Daraus ergeben sich insbesondere auch Entwicklungschancen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und im Austausch mit unseren europäischen Nachbarn. Konkret geht es immer darum, voneinander zu lernen. Dabei kommt den Niederrheinern ihre historisch gewachsene Weltoffenheit, Toleranz und Friedfertigkeit zugute.

**Brockes:** Der Niederrhein nimmt eine zentrale Mittlerposition zwischen den Ballungszentren Niederlande und Ruhrgebiet ein. Daraus ergibt sich eine Vielzahl an Entwicklungschancen, beispielsweise im Bereich Logistik. Wo wir stärker werden müssen, ist der Bereich der Forschung und Entwicklung. Zwar haben wir mit der Hochschule Niederrhein und der Uni Duisburg-Essen schon die Grundvoraussetzung gegeben. Trotzdem brauchen wir eine stärkere Cluster-Bildung. Überall dort, wo Wirtschaftszweige bereits stark sind, müssen wir auch den dazu gehörigen Forschungsbereich ausbauen. Konkret geht es um die Bereiche Nanotechnologie, Maschinenbau, Agro-Business und mobi-

le Kommunikation, auch wenn BenQ nicht die Erfolgsgeschichte geschrieben hat, die wir uns gewünscht haben. Es gibt jedoch Gegenbeispiele wie die IMST GmbH, die als Entwicklungshaus für Funksysteme und Mikroelektronik im Bereich Kamp-Lintfort ein gut funktionierendes Netzwerk aufgebaut hat. Wünschenswert wäre es, eine Hochschuldependance für den Agrobereich zum Beispiel in Straelen anzusiedeln.

**Vom Niederrhein in die ganze Welt. Braucht die Region die Flughäfen in Weeze und Mönchengladbach?**

**Fasse:** Die Flughäfen steigern die Wirtschaftskraft der Region. Im Flächenland NRW profitieren alle Regionen und Wirtschaftszweige von kurzen Wegen zum Flughafen und von den damit verbundenen Standortvorteilen. Kooperationen bieten hier die Möglichkeit der Stärkung im Wettbewerb. Der Landtag hat sich auf Antrag von CDU und FDP für den Fortbestand des Flughafens Weeze ausgesprochen. Er zählt mit 589.000 Passagieren in 2005 zu den größten Regionalflughäfen in Deutschland und bietet mehr als 250 Menschen Arbeit. Der Flughafen Mönchengladbach wird weiterhin im arbeitsteiligen Flughafensystem in NRW eine Rolle einnehmen. Seine Bedeutung hängt dabei wesentlich davon ab, inwieweit Kooperationen entwickelt werden können.



Oliver Keymis (GRÜNE)

**Körfges:** Mönchengladbach war zunächst ein Verkehrslandeplatz, der vorwiegend privaten Verkehrsinteressen gedient hat. Erst später rückte die Idee einer Zusammenarbeit mit dem Flughafen Düsseldorf in die politische Diskussion. Ziel dieser Überlegungen war es, den regionalen Flugverkehr auf den Standort Mönchengladbach zu konzentrieren, um neue Kapazitäten für Düsseldorf zu schaffen. Dieses Vorhaben halte ich nach wie vor für sinnvoll. Für den Flughafen Weeze stellt sich die Situation wieder anders dar: Hier geht es darum, mit den Low-Cost-Airlines ein ganz anderes Marktsegment zu bedienen. Es geht also weder

in Mönchengladbach noch in Weeze darum, mit dem Standort Düsseldorf in Konkurrenz zu treten. Insbesondere Mönchengladbach soll der Entlastung des Düsseldorfer Flughafens dienen. Die Leistungsfähigkeit des Düsseldorfer Flughafens ist wichtig für ganz Nordrhein-Westfalen. Beide Flughäfen am Niederrhein haben also ihre Berechtigung.

**Keymis:** Den Flughafen in Mönchengladbach brauchen wir definitiv nicht! Den Airport in Weeze im Grunde genommen auch nicht. Mit Düsseldorf haben wir den drittgrößten Flughafen Deutschlands, der allerdings jetzt schon an Kapazitätsgrenzen stößt und auch nicht beliebig erweitert werden kann. Hier wird immer wieder Weeze als möglicher Ausweichflughafen ins Gespräch gebracht. Aus Sicht der Grünen verbieten sich diese Überlegungen allein schon aus Gründen der Dramatik des globalen Klimawandels. Ich bin darüber hinaus der Überzeugung, dass der Flugverkehr entgegen den Prognosen vieler Experten in Zukunft nicht mehr so stark zunehmen wird. Wir werden im Gegenteil gezwungen sein, den Luftverkehr wieder zurückzufahren, weil es uns sonst irgendwann zu warm werden wird. Zudem werden die Energiereserven knapper, der Preis für Kerosin wird steigen und spätestens dann wird sich die Frage, ob kleinere Flughäfen sinnvoll sind, erneut stellen. Weeze und Mönchengladbach werden spätestens dann keine Chance mehr haben, Düsseldorf hingegen, mit Rücksicht auf die Nachtruhe, schon.

**Brockes:** Mit Düsseldorf hat der Niederrhein einen großen Flughafen in unmittelbarer Nachbarschaft. Gleichwohl hat Weeze enormes Entwicklungspotenzial. Insbesondere für Low-Cost-Fluglinien passt Weeze sehr gut ins Portfolio. Mit Ryanair haben wir ja bereits einen starken Anbieter vor Ort. Darüber hinaus sehe ich auch Entwicklungschancen im

Frachtflugverkehr – ein Standbein, dass in Düsseldorf relativ schwach entwickelt ist. Derzeit gilt es jedoch rechtliche Hürden zu überwinden: Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat Anfang des Jahres die Genehmigung für die zivile Nutzung in Weeze aufgehoben. Diese Entscheidung ist mittlerweile vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gelandet. Ich hoffe, dass diese Entscheidung gekippt wird und wir am Ende eine bestandsfeste Genehmigung für Weeze haben. Beim Flughafen Mönchengladbach hingegen bleibt die Frage des Bedarfs zu klären. Hier müssen wir den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung abwarten.

**Spätestens seit Hanns Dieter Hüsch gilt der Niederrheiner als Original. Wie lässt sich die Lebensphilosophie „des Niederrheinlers“ in wenigen Sätzen beschreiben?**

**Fasse:** Langmut, Melancholie, Spitzbübigkeit und Sturheit – und noch vieles mehr – halten den Niederrheiner am Leben.



Dietmar Brockes (FDP)

**Körfges:** Sich auf wenige Sätze zu beschränken, fällt dem Niederrheiner schon schwer. Ansonsten haben wir einen relativ niedrigen Schwerpunkt, sind also schwer aus der Bahn zu werfen. Darüber hinaus haben wir so etwas wie Mutterwitz, sind weltoffen und trotzdem mit der Region eng verbunden. Der Rheinländer gilt ja aus Sicht der Westfalen als nicht sonderlich zuverlässig. Wir Niederrheiner empfinden uns da als die große Ausnahme.

**Keymis:** „Leben und leben lassen“ – dieser Satz bringt die Lebensphilosophie der Niederrheiner, glaube ich, am besten auf den Punkt. „Jeder Doll ist anders“, ebenfalls ein typisch niederrheinischer Spruch, beschreibt das gleiche tolerante Lebensgefühl. Auf den politischen Bereich bezogen ergibt sich daraus eine ganz andere Streitkultur. Dabei sind die Grenzen zwischen Toleranz und einem gewissen Maß an Gleichgültigkeit fließend. Aber wie „sacht“ man am Niederrhein: „Et hätt noch immer joot jejang.“

**Brockes:** Um mit Hüsch zu antworten: „Der Niederrheiner weiß nichts, kann aber alles erklären.“ Aber Scherz beiseite: Die Vorzüge des Niederrheinlers liegen sicherlich in seiner Toleranz und Weltoffenheit. Gleichzeitig ist er aber auch heimatverbunden. Ich persönlich fühle mich am Niederrhein pudelwohl. Mich hat es daher auch nie in die Ferne gezogen. Das Weitesten war Düsseldorf, wo ich während meiner Ausbildung anderthalb Jahre gelebt habe.

**Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.**



## „LänderGespräch“

... der Deutschen Bahn AG (DB) mit dem Ausschuss für Bauen und Verkehr bei der RAG AG in Essen zu Fragen der Chancen der integrierten Bahn für Verkehr und Wirtschaft. Auf dem Bild v.l.n.r.: Konzernbevollmächtigter der DB für NRW Reiner Latsch, Staatssekretär Günter Kozłowski (Ministerium für Bauen und Verkehr), Ausschussvorsitzender Wolfgang Röken (SPD), Hans-Jürgen Schneider, Vorstandsmitglied RAG Immobilien, Dr. Werner Müller, RAG-Vorstandsvorsitzender, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der DB und Dr. Otto Wiesheu, Vorstand Wirtschaft und Politik der DB. Foto: RAG AG

## Abschied von der Arglosigkeit

### Zwei Ausschüsse zu Konsequenzen aus dem Emsdettener Amoklauf

*Welche Lehren ziehen wir aus dem tragischen Amoklauf des 18-jährigen Bastian S. an der Emsdettener Geschwister-Scholl-Realschule (GSS)? Wo gibt es Handlungsbedarf? Am Tag nach dem der Hausmeister und der am schwersten verletzte Schüler aus dem Krankenhaus entlassen wurden, begann im Landtag die politische Aufarbeitung einer „schrecklichen Tat, die viele unschuldige Menschen nicht nur körperlich verletzt hat“; wie Schulministerin Barbara Sommer (CDU) formulierte. In Aktuellen Viertelstunden diskutierten sowohl der Schulausschuss (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) als auch der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) über die Vorkommnisse.*

Eine Debatte, geprägt von Betroffenheit und einem Stück Ratlosigkeit. „GSS ist nicht Rütli. Die Schulleitung macht einen guten Job“, betonte die Ministerin, die für ihr Krisenmanagement von allen Fraktionen ausdrücklich gelobt wurde. An der vierzügigen Schule werden 700 Schüler von 49 Lehrern betreut, sie ist gut ausgestattet, befindet sich in keinem sozialen Brennpunkt. Es gibt eine gute Jobvermittlungsquote und ein umfangreiches Gewaltpräventionsprogramm ab der fünften Klasse: soziales Lernen, Anti-Mobbing-Training, Drogenprävention. Auch mit Sebastian B. wurde mehrfach gesprochen, eine psychologische Beratung empfohlen. „Trotzdem müssen wir erkennen, dass seine Hilferufe nicht erkannt worden sind“, so die Ministerin. Wenn auch ein Mehr an staatlicher Aufsicht und institutioneller Unterstützung die Tat – nüchtern betrachtet – nicht hätte verhindern können, sei das wohl tatsächlich ein Abschied von der Arglosigkeit.

„Die Möglichkeiten des Staates scheinen am Ende“, zeigte sich Thomas Jarzombek (CDU) betroffen. Wenn man irgendwo mehr tun wolle, müsse das am ehesten in der Elternarbeit gesche-

hen. Ute Schäfer (SPD) suchte ebenfalls nach Ansätzen, fand die – wie Klaus Kaiser (CDU) – in einer stärkeren Vernetzung mit anderen Institutionen. Und: „Auch wenn wir keinen Hochsicherheitstrakt wollen“, treibe sie das System der Schule als Haus der offenen Tür um. Sicherheitsschleusen und Videoüberwachung seien nicht die richtigen Konsequenzen, meinte Barbara Sommer und berichtete im Schulausschuss von einem Sofortmaßnahmenpaket. Sie will Schulen Anleitungen an die Hand geben, wie sie in unterschiedlichen Gefahrensituationen reagieren sollen. Außerdem wird die Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei intensiviert.

Eine Forderung, die Sigrid Beer (GRÜNE) besonders am Herzen lag. Zumal sie beim Innenministerium eine Tendenz zu weniger Polizeipräsenz in der Schule ausmachte. Beer verwies auf die geringe Zahl an Schulpsychologen. 150 sind in kommunalen Diensten tätig, etwa 70 im Landesdienst. „Nicht befriedigend“ und „Auswirkung einer langen Zuständigkeitsdebatte für das nicht lehrende Personal“, stimmte Staatssekretär Günter Winands zu. Es gehe nicht

nur um Gewaltprävention, so Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). „Wir müssen mehr auf das Individuum schauen“, schlug sie vor und möchte die diagnostischen Fähigkeiten in der Lehrerausbildung stärken. Auch um gerade solchen jungen Menschen zu helfen, die wie Bastian S. „schwerste Demütigungen hinnehmen mussten“. „Das soll ausdrücklich keine Entschuldigung dieser Tat sein.“ Aber man wisse, dass sich „solch zarte Pflanzen irgendwann nicht mehr aufrichten“, erinnerte sie an die, die dann viel zu oft im Suizid endeten.

Eine Absage erteilten beide Ausschüsse einfachen Lösungen – insbesondere der „von wenig Kompetenz geprägten“ medialen Verbotsdebatte beim Thema Killerspiele. „Da ist mehr schief gelaufen als nur, dass Sebastian B. mit Killerspielen gespielt hat“, urteilte Familienminister Armin Laschet (CDU) und attestierte der Unabhängigen Selbstkontrolle gute Arbeit. Auch, wenn man sich die Mechanismen sicher angucken und transparenter machen könnte.

### INTERNET-BERATUNG

Handlungsbedarf sahen die Abgeordneten im Familienausschuss vor allem bei möglichen Unterstützungssystemen für Lehrer und Eltern rund ums Internet. Auch das System der Online-Beratung und seine Vernetzung mit „realen“ Angeboten müsse überprüft werden, waren sich Britta Altenkamp (SPD) und Christian Lindner (FDP) einig. Und Andrea Asch (GRÜNE) möchte beim Thema „freie“ Waffen noch genauer hinschauen. Zunächst wird es jedoch darum gehen, mit der Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz (Drs. 14/1584) etwas für die Medienkompetenz von Kindern und Eltern zu tun. Dazu verständigten sich die Fraktionen, auf Basis des Koalitionsantrags bis zum Januarplenum einen gemeinsamen Antrag auf den Weg zu bringen. vok

# Der Foltertod und die Folgen

## Sondersitzungen wegen Ermordung eines Häftlings in Siegburg

*Mehrfach hat sich in der letzten Zeit der Rechtsausschuss (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) mit der Tötung eines jungen Häftlings durch seine Zellengenossen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Siegburg befasst. Dieser unfassbare Vorgang war Thema von Sondersitzungen des Gremiums.*

In der von der SPD beantragten Sondersitzung Ende vergangenen Monats lieferte die Landesregierung einen Bericht und beantwortete Fragen zur Chronologie der Ereignisse, zum Hintergrund der Maßnahmen des Justizministeriums und zum geplanten Jugendstrafvollzug-Gesetz.

Einerseits soll jugendlichen Straftätern in Haftanstalten der Kontakt untereinander ermöglicht werden, andererseits müssten sie vor Übergriffen geschützt werden. Wie schwer dieser Spagat ist, zeigten neue Gewaltfälle aus Siegen, die kurz zuvor bekannt wurden und zu denen sich Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) zu Sitzungsbeginn äußerte: „Es steht außer Frage, dass der Anstaltsleiter verpflichtet gewesen wäre, diese Vorfälle zeitnah zu berichten. Dies ist nicht geschehen. Ich habe deshalb ein Disziplinarverfahren eingeleitet“, erklärte sie. Sie habe die Angelegenheit außerdem zum Anlass genommen, sämtliche Justizvollzugsanstalten des Landes einer Prüfung zu unterziehen.

Danach ging die Ministerin näher auf den Todesfall in der JVA Siegburg ein. Der Tod des Häftlings sei keinesfalls „als Selbstmord durch Ausstellung eines Totenscheins abgetan“ worden, machte die Ministerin klar. Der Anstaltsarzt habe die Todesart als „nicht natürlich“ eingestuft, der Staatsanwalt sei daraufhin informiert worden und in die Anstalt gekommen. Kurz darauf seien eine Expertin vom Rechtsmedizinischen Institut der Universität Bonn sowie das zuständige Fachkommissariat der Kreispolizei

Siegburg hinzugezogen worden. Wie in allen Fällen eines nicht natürlichen Todes üblich, wurde die Obduktion der Leiche angeordnet.

Auf Fälle von Gewalttaten von Gefangenen untereinander sei sie bereits zu Beginn ihrer Amtszeit aufmerksam geworden. „Nachdem ich Ende Juni 2005 mein Amt als Justizministerin angetreten hatte, kamen in den ersten Monaten vier Mitteilungen über Fälle von Gewalttaten von Gefangenen untereinander. Schon nach dem ersten entsprechenden Bericht habe ich meine Fachleute gefragt: Wie kann das passieren? Kommt das häufiger vor?“, erinnerte sich die Ministerin. „Eine klare Antwort gab es nicht.“

### GEWALT-STUDIE

Zum Jahresende erwarte sie die Ergebnisse der daraufhin von ihr in Auftrag gegebenen Studie „Gewalt unter Gefangenen“. Schon in den letzten Jahrzehnten wäre dafür Grund genug gewesen, so die Ministerin, auch für ihre Amtsvorgänger. „Denn die Verhältnisse in den Gefängnissen waren damals nicht besser. Wir wären wahrscheinlich schon sehr viel weiter, wenn eine solche Untersuchung existieren würde.“

Die Opposition fragte anschließend, welche Sofort- und Schutzmaßnahmen die Ministerin eingeleitet habe, als ihre diese Vorfälle bekannt geworden seien. Von Übergriffen unter Gefan-

genen gewusst und nicht gehandelt zu haben, sei ein Schuldeingeständnis, betonte der stellvertretende SPD-Fraktionschef Ralf Jäger: „Die Ministerin hat die Öffentlichkeit belogen.“

Auch die Grünen wollten über ihren Fragenkatalog an das Ministerium hinaus wissen: „Warum haben Sie monatelang nicht reagiert? Schwer wiegt auch die Aussage von Bediensteten, dass Beschwerden ins Leere gelaufen seien. Die JVA Siegburg ist ein Saustall“, urteilte Dr. Ruth Seidl, „alles hat sich auf der mittleren Ebene bewegt und ist nicht bis zu Ihnen vorge-dungen.“

Während die Opposition den Rücktritt der Ministerin forderte, erklärte Ausschussvorsitzender Dr. Robert Orth (FDP) vor den Medien, er könne kein konkretes Verschulden der Ministerin erkennen. „Wir haben leider immer wieder solche Vorfälle und müssen den Rahmen so setzen, dass möglichst wenig passiert. Aber erst jetzt nach der Föderalismusreform haben wir die Gesetzgebungskompetenz“, erläuterte er. „Ich glaube, man kann den Vollzug immer optimieren.“

Optimiert werden sollen jetzt erst einmal die Personalsituation, versprach Müller-Piepenkötter. Sofort würden 204 Stellen zur Verfügung gestellt werden: 80 neue und 124, deren kw-Vermerke gestrichen würden. 250 neue Stellen sollen später eingerichtet werden. Alles in allem eine Personalverstärkung um 454 Stellen.

Mit all diesen Maßnahmen widerspreche die Justizministerin ihren Behauptungen, die Lage im Strafvollzug habe nichts mit der Situation des Personals zu tun, kritisierte die Opposition. „Sie haben Ihre Justizvollzugsanstalten nicht im Griff“, fasste der Abgeordnete Thomas Stotko (SPD) zusammen. Daraufhin konterte Peter Biesenbach (CDU): „Sitzen Sie von der SPD nicht selbst in der Strafvollzugs-kommission?“ DD



Foto: Schälte



# Neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik

## Opposition warnt vor den Folgen und mahnt Kontinuität an

*Trendwende in der Arbeitsmarktpolitik des Landes: Mit einem Bewilligungsstopp für Qualifizierungsmaßnahmen aus dem Topf des Europäischen Sozialfonds (ESF) will Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) Mittel erwirtschaften, um sie für Projekte der Berufsvorbereitung von Jugendlichen einzusetzen. Zum einen will er damit die Ziele des „Sonderprogramms Ausbildung 2006“ erreichen. Andererseits ist der Minister der Auffassung, dass das Land seine Mittel auf die Menschen konzentrieren soll, die keine Ansprüche auf Leistungen der Arbeitsverwaltung haben, also weder Arbeitslosengeld I noch II beziehen.*

Laumann erklärte in der Aktuellen Viertelstunde, die die SPD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) beantragt hatte: „Diese veränderte politische Schwerpunktsetzung ist der richtige Schritt, um die Berufschancen von Jugendlichen zu erhöhen.“

Für die vom Bewilligungsstopp Betroffenen hat das Folgen, die von SPD-Abgeordneten im Ausschuss näher beschrieben wurden. Sie haben sich für eine Qualifikationsmaßnahme angemeldet, eine zumindest mündliche Zusage bekommen, eventuell als Alleinerziehende schon die Betreuung des Kindes organisiert, dann folge wenige Tage vor Beginn die Absage.

Der SPD-Abgeordnete Rainer Schmelzter rügte das Vorgehen, mit seinem Stopp für die Projekte habe der Minister „einen Flächenbrand ausgelöst“. Allein im östlichen Ruhrgebiet habe das zum Aus für 150 ESF-Projekte mit über 4.000 Teilnehmern geführt. Die Verunsicherung vor Ort nehme durch diese „Hals-über-Kopf-Politik“ beträchtlich zu. Das habe nichts zu tun mit der

Kontinuität, die in der Arbeitsmarktpolitik erforderlich sei. Schmelzter forderte das Ministerium dringend auf, die eingefrorenen Mittel frei zu geben. Für seine Zusage im Ausbildungskonsens, 3.000 Ausbildungsplätze zu unterstützen, habe sich der Minister „überrumpeln“ lassen, meinte Schmelzter. Das sollten jetzt andere ausbaden.

Ähnlich sah das Barbara Steffens (GRÜNE). Sie warnte davor, Langzeitarbeitslose und Frauen gegen Jugendliche auszuspielen – zu nichts anderem führe nämlich diese Mittelum-schichtung. Erst zu Maßnahmen im Land aufzufordern, wie das Laumann getan habe, dann einen Stopp verfügen – „das geht nicht“. Frage an den Minister: „Wie gehen Sie mit den Betroffenen um?“

So gut wie ausgeschlossen ist nach Ansicht von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU, M.) im Maßregelvollzug des Landes ein Vorfälle wie die Ermordung eines Strafgefangenen durch Zellengenossen in der Justizvollzugsanstalt Siegburg. Das teilte der Minister auf Anfrage der Grünen im Sozialausschuss mit. Begründung: Im Maßregelvollzug gebe es eine andere Aufgabenstellung und einen günstigeren Personalschlüssel. Außerdem sei es im Maßregelvollzug die Ausnahme, dass mehr als zwei Personen „im Nachteinschluss“ ein Zimmer teilen. Vorn im Bild Ausschussvorsitzender Günter Garbrecht (SPD). Foto: Schälte

Norbert Post (CDU) sah die Angelegenheit grundsätzlich anders. Die jungen Menschen müssten auf einen Ausbildungsplatz vorbereitet werden, um überhaupt erst ihre Chance auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu finden, betonte er und unterstützte den Minister mit dem Hinweis, es gebe zu viele Anmeldungen bei den ESF-Maßnahmen. Andererseits sei eine „Bugwelle“ von Jugendlichen festzustellen, die für die Ausbildungsplatzsuche „ertüchtigt“ werden müssten.

Minister Laumann konterte in der Ausschusssitzung mit dem Hinweis, die neue Arbeitsmarktpolitik des Landes solle ein Profil bekommen. Es gehe darum, künftig mehr „in Programmen laufen zu lassen als wie bisher in Einzelmaßnahmen“. Das Land wende in diesem Jahr 290 Millionen Euro für die Arbeitsmarktpolitik auf. Er sei der Meinung, dass dieses Geld vorrangig für die eingesetzt werden sollte, „die sonst keine Chance haben“. Der Minister kündigte an, dass die Hälfte der beantragten Maßnahmen in der ersten Hälfte des kommenden Jahres die Chance auf eine – dann allerdings verspätete – Bewilligung habe.

Der Ausschussvorsitzende Garbrecht mahnte in diesem Zusammenhang die Antwort auf die offene Frage an, in wieweit diese neuen Akzente in der Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung mit den Vorgaben der EU in Übereinstimmung zu bringen seien.

Dr. Stefan Romberg (CDU) wunderte sich über die „Weltuntergangstimmung“, die die SPD zu verbreiten suche. Der Minister setze Prioritäten – was sei daran verwerflich? JK

## Sonderprogramm Ausbildung 2006\*

Jugendliche ohne Lehrstelle	10.400
Zahl der Stellen im Sonderprogramm	3.000
Jährliche Kosten pro Stelle	10.000 Euro
Laufzeit	3 Jahre
Finanzierung	55 Prozent Europäischer Sozialfonds 45 Prozent Landesmittel NRW

\* Angaben von Minister Laumann im Arbeitsausschuss vom 18. Oktober 2006



# Widerspruch oder gleich vor Gericht?

## Kommunalausschuss hört Experten zum Bürokratieabbau

*Das „Erste Gesetz zum Bürokratieabbau“ wird jeden Bürger in NRW betreffen, denn es soll unter anderem die Bauordnung, die Gewerbeordnung, das Gaststättengewerbe und die Produktionssicherheit vereinfachen und die Kommunen entlasten. Zur Zeit werden in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe solche Entbürokratisierungen erprobt. Wenngleich eine endgültige Auswertung aus dieser Proberegion noch nicht vorliegt, hörte der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform im Rahmen einer öffentlichen Anhörung Experten dazu.*

Professor Dr. Jörn Ipsen vom Institut für Kommunalrecht aus Osnabrück schilderte den Ausschuss-Mitgliedern die Situation in Niedersachsen: Dort gebe es grundsätzlich keine Widerspruchsverfahren mehr, nur in einigen sensiblen Bereichen würden Ausnahmen gemacht, etwa bei Schulverwaltungsakten, Prüfungsverfahren und Baustreitigkeiten. Er plädierte deshalb ebenso wie Stephan Keller vom Städte- und Gemeindebund NRW dafür, das Widerspruchsverfahren lediglich in diesen Fällen beizubehalten und ansonsten abzuschaffen. Niedersachsen sei rigoros: Selbst bei Abgabenbescheiden gebe es keine Möglichkeit des Widerspruchs. Die Bürger müssten sich direkt ans Gericht wenden. Das bedeute wiederum in Niedersachsen einen Zuwachs an Verwaltungsgerichtsverfahren – wegen der Rundfunkgebühren um mehr als 1.000 Prozent, wegen Abgaben um mehr als 300 Prozent. „Eine große Zahl von Verfahren wegen geringer Beträge“, gab Ipsen zu, „die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens ist trotzdem sinnvoll.“

### VERFAHRENSFRAGEN

Dr. Dieter Kallerhoff, Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichtes Münster, stimmte unter der Bedingung zu, die Anhörung zu stärken: „Das Anhörungsverfahren ist formlos und führt zu keiner Verzögerung. Fehlerkorrektur ist in dieser Phase uneingeschränkt möglich.“ Das Widerspruchsverfahren sei zeitlich aufwändig und wenig effizient. Man wolle aber auch kein Beschäftigungsprogramm für Verwaltungsrichter. Die Anhörung setze das Ziel einer Selbstkorrektur der Verwaltung bürgernah und glaubhaft um.

Der Präsident des Verwaltungsgerichtes (VG) Düsseldorf, Professor Dr. Reinhard Klenke, warnte vor einem möglichen Effekt der Entmutigung des Bürgers: „Gerade im Baurecht würde es naheliegen, dass man mal zum Grundstück fährt und es sich ansieht – das passiert aber nicht“, so Klenke. Die Anhörung oder ein anderweitiges Beschwerdemanagement seien deshalb wichtig. Die beim VG üb-

liche Praxis des „frühen ersten Termins“ führe zur Streitschlichtung, da die Beteiligten einem fachkundigen und neutralen Gremium gegenüberstünden.

Harry Addicks (Vorsitzender Richter am VG Aachen) sah das ganz anders. Das Widerspruchsverfahren habe sich bewährt, weil es mit geringem Aufwand zur Befriedung führe und das Kostenrisiko im Verwaltungsprozess erheblich größer sei. Niedersachsen zeige ja, wie die Zahl der Gerichtsverfahren steige, wenn man es einstelle: „Verfahren, die es gar nicht gäbe, wenn man die Kleinigkeiten im Widerspruch ändern könnte.“ Die Filterfunktion des Widerspruchs zeige auch Bayern. Dort seien sie erst abgeschafft, aber bald wieder eingeführt worden. „Wir haben es aus meiner Sicht mit einem überstürzten Gesetzgebungsverfahren zu tun, weil wir keine verlässlichen Daten haben“, so Addicks.

Auch die Architektenkammer NRW sprach sich dafür aus, Widersprüche beizubehalten. Dr. Martin Dippel, Fachanwalt für Verwaltungsrecht aus Paderborn, stimmte zu: „Die Regelungen verfehlen das Ziel eines Bürokratieabbaus schon im Ansatz, da es sich beim Widerspruch nicht um Bürokratie, sondern um eine einfache und kostengünstige Rechtsschutzmöglichkeit handelt, die gerade der Bürokratieabwehr dienen kann. Die Verwaltungsgerichte würden mit Lappalien beschäftigt“, so Dippel.

Sein Kollege Horst Wüstenbecker war wiederum gegenteiliger Ansicht: „Sinn und Zweck des Widerspruchs haben sich im Rechtsstaat überholt“, sagte er. Er beeinträchtige die Qualität der behördlichen Entscheidung, nach dem Motto: Fehler sind ja nicht so schlimm. Eine Alternative schlug die Industrie- und Handelskammer vor: Konflikte sollten weder durch Widersprüche, noch durch Gerichte, sondern durch Mediation (Vermittlung) gelöst werden. DD

Foto: Schälte

## Das Land braucht mehr Studenten

### Ausschuss diskutiert Perspektiven des Hochschulpaktes

*Wie viele Studenten braucht NRW? Mehr! Darin sind sich die im Landtag vertretenen Fraktionen einig. Etwa 20.000 zusätzliche Studienplätze sollen an Universitäten und Fachhochschulen zwischen Rhein und Weser bis 2010 entstehen. Das Werkzeug der Wahl dabei ist der Hochschulpakt 2020 zwischen Bund und Ländern. Wie sieht es bei dem von NRW angeschobenen Projekt aus, welche Perspektiven gibt es? Diese Fragen beschäftigten den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE).*

Neben dem Antrag der SPD (Drs. 14/1879) – er wurde später abgelehnt – stand die Information durch die Landesregierung im Mittelpunkt. Derzeit, so der Bericht des Ministeriums, laufen Verhandlungen über die Verteilmechanismen – insbesondere auch der Kosten. Unstrittig sei die Programmkostenpauschale. Sie wird voll durch den Bund finanziert. Von den darüber hinaus kalkulierten 250 Millionen Euro trage das Land die Hälfte – im nächsten Haushalt als Barmittel, danach als Verpflichtungsermächtigung eingestellt.

„Viel zu kurzfristig“, warf die Opposition den regierenden Parteien vor. Sie beklagte den Abzug der Mittel für die Exzellenzinitiative. „Sie reden von 2020, finanzieren aber nur bis 2010“, stellte Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) fest und mahnte mehr Weitsicht an. Schließlich erreiche man den Gipfelpunkt der Nachfrage erst mit den doppelten Abschlussjahrgängen 2013. „Dann brauchen wir 2,3 Milliarden Euro.“

„Wir brauchen eine Bestandsaufnahme und müssen dann einen Masterplan aufsetzen“, sagte Karl Schultheis (SPD) und wollte sich damit ein Beispiel an Ba-

den-Württemberg nehmen. „Wir haben allein sieben lokale NC (Zugangsbeschränkungen), viele warten auf frisches Geld“, ergänzte Fraktionskollegin Heike Gebhard und äußerte die Sorge, dass Hochschulen und Landtag von unterschiedlichen Zahlen ausgehen.

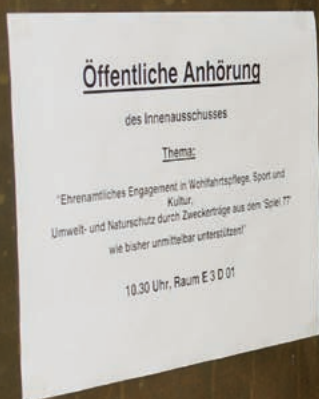
Ins Reich der Unterstellungen verwies Christian Lindner (FDP) Mutmaßungen über einen strategisch systematischen Abbau von Studienplätzen im Vorfeld des neuen Förderprogramms. Er gehe auch davon aus, dass Zielvorgaben in den Gesprächen zwischen Landesregierung und Hochschulen eine Rolle spielen. Welche, war aber im Ausschuss nicht zu erfahren.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) wunderte sich über das Interesse der ehemaligen Koalitionsfraktionen an fundierten Zahlen. Die hätte Rot-Grün ja dann zu Regierungszeiten „anscheinend auch nicht gekannt“. „Natürlich müssen wir über 2010 hinaus denken“, räumte auch der CDU-Sprecher ein. Allerdings habe man sich bewusst für eine Festlegung nur bis zum Ende der Legislaturperiode entschieden. Auch um der nächsten Regierung die nötigen Gestaltungsräume zu lassen. *vo*

## Chancen

... für mittelständische Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen in China war eines der Themen, die beim Gedankenaustausch der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe des Landtags (Vorsitzender Harald Schartau, SPD) in Berlin mit dem chinesischen Botschafter Ma Canrong erörtert wurden. Daneben ging es um den Schutz des geistigen Eigentums, Internetzugang, Familienplanpolitik und chinesische Investitionen in NRW. Mit dem Angebot auf Unterstützung nahm Botschafter Ma die Initiative der Gruppe auf, Mitglieder der nationalen Volkskongresse der NRW-Partnerprovinzen zu einem parlamentarischen Dialog einzuladen. Die nordrhein-westfälischen Abgeordneten nutzten die Reise nach Berlin auch zur Diskussion mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe des Bundestags, Johannes Pflug, und dem Leiter des Ostasien-Referats im Auswärtigen Amt, Dr. Hans Carl von Werthern, über aktuelle Fragen deutscher Chinapolitik.

Foto: Schälte



## Wunsch nach einer Denkpause

### Anhörung offenbart Uneinigkeit über die Millionen aus Spiel 77

„Einnahmen aus der Lotterie Spiel 77 sind eine Landeseinnahme und sollten aus Gründen der Haushalts-Klarheit und der Haushalts-Wahrheit auch in den Landeshaushalt!“ Ute Scholle, Präsidentin des Landesrechnungshofs NRW (LRH), hat eine klare Meinung zu den so genannten „Zweckerträgen“. Allerdings eine andere als die Nutznießer. Auf Antrag der GRÜNE-Fraktion fand im Innenausschuss (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) eine Anhörung zum Thema statt: „Ehrenamtliches Engagement in Wohlfahrtspflege, Sport und Kultur, Umwelt- und Naturschutz durch Zweckerträge aus dem Spiel 77 wie bisher unmittelbar unterstützen!“ (Drs. 14/1988). Die Betonung lag dabei auf „unmittelbar“.

Foto: Schälte

Seit 1974 genehmigt die Landesregierung die Zusatzlotterie Spiel 77 unter der Voraussetzung, dass gemeinnützige Organisationen (so genannte „Destinatäre“) die Zweckerträge erhalten. Dabei handelt es sich um Wohlfahrtsverbände, den Landessportbund, die Kunststiftung NRW, die Dombauvereine sowie den Verein zur Förderung der Vollblut- und Traberzucht. Der LRH ist seit langem dafür, diese Erträge zunächst im Landeshaushalt zu veranschlagen – wie bisher schon die Einnahmen aus Fußball-Toto, Zahlenlotto, Super 6 und Oddset – um sie anschließend in unveränderter prozentualer Verteilung an die Empfänger weiterzugeben. Begründung: „Bei den Konzessionsabgaben und Zweckabgaben, die WestLotto abführt, handelt es sich um Zahlungen für die Einräumung eines Monopolrechts durch das

Land und dementsprechend um Landesmittel“, so Präsidentin Scholle. Dr. Fritz Schaumann von der Kunststiftung NRW widersprach: „Weil Staatsmonopol, deshalb öffentliche Einnahmen? Ich behaupte nein.“

Die Empfänger des Geldes sehen in der geplanten Buchung über den Landeshaushalt einen erheblichen Eingriff in ihre Finanzautonomie: „Das neue Verfahren hätte nur Verlierer – mit einer Ausnahme, dem Bürokratismus“, meinte der Präsident des Landessportbunds NRW (LSB), Walter Schneeloch. Und Josef Bowinkelmann vom Olympia- und Sportmuseum Köln betonte: „Wir würden es ausgesprochen begrüßen, wenn es bei der alten Regelung bliebe.“

Der LRH führte aber noch weitere Argumente an: Da das Land nicht für alle förderungswürdigen Zwecke ausreichend Geld habe,

benötige das Parlament möglichst umfassende Informationen darüber, in welcher Höhe die einzelnen Mittelempfänger insgesamt Mittel aus dem Landeshaushalt erhielten. Hier Sorge die vorgesehene Neuregelung für die notwendige Transparenz. Moritz Linzbach (Diakonie) widersprach dem Landesrechnungshof: „Transparenz könnte auch anders hergestellt werden.“

Die Geldempfänger fürchten erhebliche Unsicherheiten, wenn die Weitergabe der Zweckerträge der jährlichen Verabschiedung des Landeshaushaltes unterliegen sollte. In diesem Jahr sei erst im Mai der Haushalt 2006 verabschiedet worden, während bisher das Geld verlässlich über einen Zeitraum von fünf Jahren eingeplant werden konnte. Das bisherige Verfahren habe Planungssicherheit gegeben, besonders für die Mitarbeiterbezahlung.

Auch rechtliche Bedenken wurden angeführt: Faktisch würden die Zweckerträge damit zu staatlichen Subventionen und die könnten dann mit anderen staatlichen Förderungen in Konflikt geraten. „Wir fürchten, dann Bundesmittel zurückzahlen zu müssen“, sagte Walter Schneeloch vom LSB. „Unser Programm Integration durch Sport wird mit Bundes-, Landes- und Spiel-77-Mitteln durchgezogen. Das wäre dann eine Doppelförderung.“

„KULTURCENT“

Eberhard Neugebohrn von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung erklärte: „Wir kennen das schon, was den anderen jetzt droht. Wir erfahren einen dramatischen Absturz bei den Zuwendungen, wir landen bei einem Viertel oder Fünftel der bisherigen Zuwendungen.“

Die Bindung an Vorgaben des Landeshaushaltsrechts würde die Arbeit der Destinatäre erheblich erschweren, meinte auch Dr. Fritz Schaumann von der Kunststiftung. Er befürchtete darüber hinaus, dass die Einnahmen aus dem Spielbetrieb generell sinken würden, 2007 um rund ein Drittel. Deshalb hatte er bereits in seiner schriftlichen Stellungnahme dafür plädiert, analog zum „Sportgroschen“ einen „Kulturcent“ zu erheben.

Vor dem Hintergrund des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum staatlichen Monopol für Sportwetten, das noch nicht zu Ende gefochten sei, appellierte Pastor Günter Barenhoff (Diakonie) für eine Denkpause: „Bitte verlängern Sie ein Verfahren, das sich bewährt hat, nur um ein einziges Jahr. Dann sollten wir wieder zusammenkommen, um es zu prüfen!“

DD

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

**B**ürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 11. Dezember 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

**B**aulandvergabe nach Parteibuch – „diesen Unsinn habe ich nie gesagt“ und dies entspreche auch nicht seiner politischen Haltung. Mit diesen Worten wies Regierungssprecher und Staatssekretär für Medien, Andreas Krautscheid (CDU), einen entsprechenden Zeitungsbericht mit dieser Überschrift zurück. In dem Artikel war über eine Versammlung des CDU-Stadtverbandes Bad Honnef berichtet worden, wonach Krautscheid, der Vorsitzender der CDU im Rhein-Sieg-Kreis ist, in Zusammenhang mit der Ausweisung von Bauland sich wie folgt geäußert habe: Er rate zur Vorsicht, weil Zuzügler oftmals nicht die Klientel der Union seien. Die SPD hatte in der Aktuellen Stunde des **Hauptausschusses** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) Aufklärung gefordert.

+++

**I**st dies der Anfang vom Ende für die „Stiftung Umwelt und Entwicklung“?

Das zumindest fürchtet angesichts erheblicher Mittelkürzung die Opposition. Im **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) forderte sie Aufklärung von Generationenminister Armin Laschet (CDU). Die Kürzungen seien nicht von der Landesregierung, sondern von den Koalitionsfraktionen zu vertreten, behrten CDU und FDP. Laschet selbst bezeichnete die Entscheidung als falsch, betonte, nun müsse das Land die Stiftung mit weiteren Zuwendungen handlungsfähig halten. Bisher hatte die Stiftung an den Einnahmen aus dem Oddset-Wettgeschäft partizipiert. Die sind nun von rund vier auf etwa anderthalb Millionen zurückgegangen. Außerdem setze die Koalition andere Prioritäten. Allerdings, so

Schwarz-Gelb, wolle man die „Stiftung Umwelt und Entwicklung“ keineswegs abwickeln.

+++

**Ü**ber „Gewalt in nordrhein-westfälischen Fußballstadien“ informierte das Innenministerium den **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Demnach gibt es in NRW vermehrt Berichte über gewalttätige Auseinandersetzungen in den Oberligen Nordrhein und Westfalen. Beispiele hierfür seien etwa die Ausschreitungen bei den Spielen in Uerdingen und Speldorf im April und September 2006. Auch aus den Kreisklassen gebe es ähnliche Berichte. Zu klären sei insbesondere die Fra-

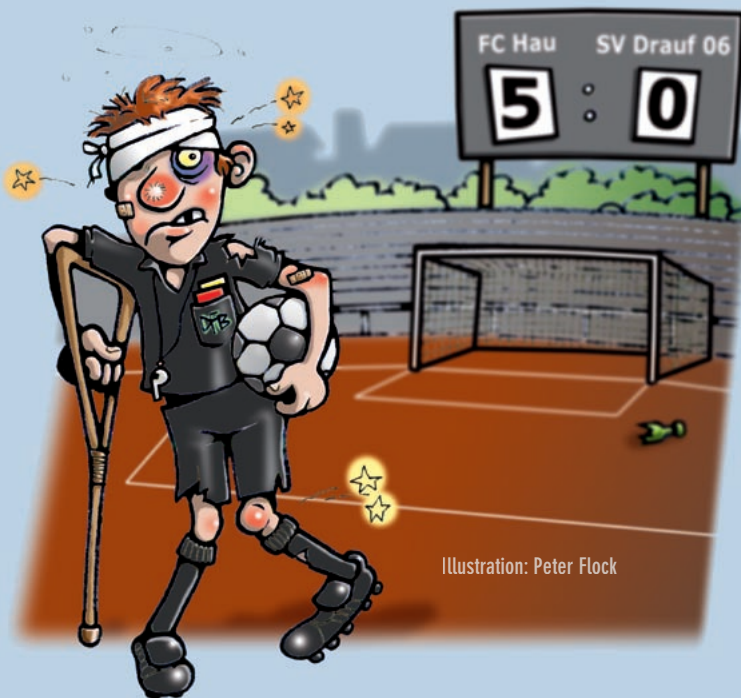


Illustration: Peter Flock

ge, welche Standards der 1. und 2. Bundesliga in den unteren Klassen übernommen werden könnten. Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) kündigte an, das Problem, das auch aus anderen Bundesländern bekannt sei, bei der Innenministerkonferenz zu thematisieren. Umstritten war im Ausschuss die Frage, ob Gelder für Fanprojekte in der 1. und 2. Bundesliga – wo ähnliche Probleme erfolgreich bekämpft werden konnten – in den unteren Ligen besser angelegt seien. Die Mehrheit der Abgeordneten sprach sich jedoch gegen solche Umschichtungen aus. Einigkeit herrschte darüber, dass man zunächst genauere Berichte kennen müsse, etwa um einschätzen zu können, wie verbreitet das Problem in NRW tatsächlich sei.

**D**ie „Kulturhauptstadt Europas 2010“ war erneut ein Diskussionsthema im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD). Alle Fraktionen drückten ihre Freude über die endgültige Entscheidung des EU-Ministerrats für Essen und das Ruhrgebiet aus. Kontrovers diskutiert wurde jedoch die Entscheidung, konkrete Verhandlungen mit dem amerikanischen Regisseur Peter Sellars über die Position des künstlerischen Leiters aufzunehmen. Die Opposition befürchtet, dass zwar ein künstlerisches „Feuerwerk“ entzündet werde, die Stärken aus der Region selbst dabei aber vernachlässigt würden. Es gehe aber nicht nur um ein Festival, sondern auch um Nachhaltigkeit. Der Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich

Grosse-Brockhoff konnte keinen Anlass für Kritik erkennen und wies darauf hin, dass die Region in die Vorbereitungen eingebunden werde. Was in der Region vorhanden sei, werde auch durch das Engagement eines Künstlers von außen nicht gering geschätzt, so Grosse-Brockhoff.

+++

**M**it einem Bekenntnis zur ersten und zweiten Staatsprüfung in der Lehrerausbildung endete ein Bericht von Schulministerin Barbara Sommer (CDU) im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD). Das Fachgremium beschäftigte sich mit dem Stand der Reform, die im Zuge des Bologna-Prozesses ansteht. Dabei

waren sich alle Fraktionen einig, eine möglichst frühe Anbindung an den Schulalltag zu präferieren. Hier gebe es allerdings noch Klärungsbedarf. Klarheit soll bis März nächsten Jahres eine Expertenkommission um Professor Jürgen Baumert schaffen. Die Einführung des Bachelor/Master-Studienganges ist für das Wintersemester 2008/2009 geplant. Bereits angelaufen ist die Umstrukturierung der Schulaufsicht. Seit August, so erfuhren die Abgeordneten, haben 37 Qualitätsprüfer ihre Arbeit aufgenommen. In drei Stufen sollen bis August 2008 weitere 65 hinzukommen. Ein Prozess, der derzeit noch nicht an allen Ecken rund laufe. Während die Opposition vor Mehrbelastungen warnte, gaben sich die Koalitionsfraktionen zuversichtlich.



## Oberbürgermeister, Präsident, Europäer

### John van Nes Ziegler – seine demokratischen Überzeugungen bleiben Vorbild

*Seine letzte Ruhestätte hat er auf dem traditionsreichen Friedhof Melaten in Köln gefunden – John van Nes Ziegler oder „Big John“, wie ihn die Kölner anerkennend-respektvoll titulierten, ist nach jahrzehntelangem landespolitischem Wirken in der rheinischen Nachbarstadt Düsseldorf endgültig in seine Heimatstadt zurückgekehrt.*

Bauhelm, Schlägermütze und Rettungsring – John van Nes Ziegler beim Besuch an der Baustelle für den neuen Landtag im Februar 1983.

Fotos: Archiv des Landtags

Welche Ämter hatte er inne, welche Ehrungen aufgehäuft! Neun Jahre Landtagspräsident, zehn Jahre Erster Landtagspräsident, zehn Jahre Erster Stadtrates von 1956 bis 1984. Seit 1991 war Nes Ziegler Ehrenbürger seiner Vaterstadt. Er war Ehrensator der Universität zu Köln. Er wurde mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet.

Sein Herz hing an Köln und an seiner Wahlheimat Katalonien. Als Anwalt verteidigte er spanische Widerstandskämpfer, die nach Deutschland verschleppt worden waren. Er half mit beim Wiederaufbau der spanischen Demokratie und wurde dafür 1994 mit dem höchsten spanischen Orden ausgezeichnet. Die europäische Idee, die Versöhnung zwischen den europäischen Völkern, bestimmte sein Denken. Durch seine Kriegserlebnisse, hat er einmal gesagt, sei er zur Politik gekommen.

Im Landtag hat sich der SPD-Abgeordnete John van Nes Ziegler für die Verbesserung des Petitionswesens und Ende der 60er Jahre für die Parlamentsreform eingesetzt, mit der die Rechte der Opposition gestärkt wurden. Verbindlich und humorvoll in seiner Amtsführung als Präsident ließ er keinen Zweifel daran, dass der Respekt vor dem Parlament für ihn oberste Priorität besaß. Sein sicheres

Gespür für Stil und Würde des Parlaments, seine Ausstrahlung, seine Durchsetzungs- und Überzeugungskraft haben ihn ausgezeichnet. Sein kölscher Humor und seine Fähigkeit zum Ausgleich bauten Brücken und dämpften die Hitze mancher erregten politischen Auseinandersetzungen.

Davon gab es zu seiner Zeit genug: Das Ringen um den Schulkompromiss im Land, die kommunale Neuordnung, die vielen Projekte, die es im vom Krieg zerstörten Köln als Kommunalpolitiker voranzutreiben galt, erforderten Geschick und Zähigkeit. Konfliktscheu war er nicht, stets aber souverän. Wenn er einmal gegen Feind und Freund polterte, dann bewahrte ihn sein rheinisches Wesen davor, andere zu verletzen.

Dass das Hohe Haus dank seiner tatkräftigen Hilfe an das Ufer des Flusses rückte, der Köln und Düsseldorf verbindet, hat ihn sicher gefreut, war aber nur zufällige Marginalie. Es ging ihm viel mehr um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Landtagsabgeordneten und darum, Politik in einer Demokratie auch durch den Stil des Gebäudes transparent zu machen.

„Ich denke: Die Hochachtung vor seinem Wirken sollten wir in Zukunft dazu nutzen, verstärkt die jungen Menschen unseres Landes mit den politischen Entscheidungsprozessen

vertraut zu machen.“ Diesen Satz seiner Nachfolgerin Regina van Dinther bei der Trauerfeier im Historischen Kölner Rathaus hätte John van Nes Ziegler sofort unterschrieben. JK



John van Nes Ziegler (1921-2006).

CDU

## Dialog zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen

Die politische Achse Düsseldorf-München wurde in den letzten Monaten weiter gefestigt. Nachdem sich bereits im September die beiden Landesregierungen unter Führung der Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und Edmund Stoiber in München zu einer gemeinsamen Kabinettsitzung getroffen hatten, folgte nun der Gegenbesuch auf parlamentarischer Ebene. Der bayerische CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann und die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands der CSU-Landtagsfraktion kamen mit ihren Kollegen der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Themen gibt es dabei reichlich: Sie reichen von der Entwicklung der ländlichen Räume über die Energieversorgung und die Hochschulen bis hin zur Reform der Finanzbeziehungen zwischen den Bundesländern. Herrmann betonte die große Bedeutung, die den beiden Ländern dabei zukommt: „Gemeinsam stellen wir mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung. Dies ist Verpflichtung und Chance zugleich.“ Auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag Helmut Stahl lobte den gemeinsamen Gedankenaustausch: „Bei vielen Sachfragen ist Bayern uns noch um einiges voraus. Unser Ziel ist und bleibt es aber, die Bayern in den nächsten Jahren einzuholen oder sogar zu überholen. An diesem ehrgeizigen Vorhaben halten wir fest.“



SPD

## Soviel Tanne war nie



Wohl proportioniert, gerade gewachsen und fast sechs Meter hoch“, lobte bereits eine neue westfälische Tageszeitung den Weihnachtsbaum vor dem SPD-Fraktionsaal im Düsseldorfer Landtag. Spendiert hatte die Nordmann-Tanne der Forstbetrieb „Nadelholzkulturen Winfried Schauerte“ aus Schmallenberg. Dessen Bürgermeister Bernhard Halbe reiste persönlich aus dem Sauerland mit an, um den Baum aufzustellen. Carina Gödecke, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, und der westfälische Landtagsabgeordnete Karsten Rudolph waren ebenfalls begeistert: „Wir haben vor einem Jahr entschieden, dass sich jeweils einer der Abgeordneten um die Aufstellung des Weihnachtsbaumes kümmert. Das hat prima geklappt. Wolfram Kuschke hat da jetzt einen Maßstab gesetzt. Nächstes Jahr ist dann ein anderer unser Baum-Pate.“

GRÜNE

## Reisen bildet – GRÜNE besuchen Finnland

Nach einem Einbruch der finnischen Wirtschaft Anfang der 90er Jahre steht das Land nach einem konsequenten Reformkurs exzellent da: Keine Nettoneuverschuldung und hohe Beschäftigungsquote auch der älteren Bevölkerung. Im PISA-Vergleich findet man Finnland immer unter den Spitzenplätzen. Auf die Spuren der finnischen Erfolgsgeschichte begaben sich auch deshalb die Grünen NRW-Abgeordneten Sylvia Löhmann, Reiner Priggen, Sigrid Beer und Rüdiger Sagel.

Fünf Tage lang besuchten sie Institutionen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales. Gespräche mit Praktikern und Fachleuten in Helsinki haben die Eindrücke aus der Praxis ergänzt. Dabei zeigten sich die Abgeordneten tief beeindruckt etwa von der außerordentlich positiven und produktiven Lernatmosphäre in den Schulen, bei ähnlichen Klassengrößen wie bei uns. Unterrichtsausfall, Gewalt oder Ausländerfeindlichkeit sind an finnischen Schulen keine nennenswerten Themen.

Im konsequent kinderfreundlichen Land bekommt jede junge Familie für ihren Nachwuchs ein Starterpaket vom Staat. Wer mit einem Kinderwagen in die Straßenbahn einsteigt, fährt kostenlos, und ein Platz in der Kindertagesstätte ist bereits reserviert. Kindergarten und Schule werden von Psychologen und Kuratoren verstärkt und fördern die soziale und die Leistungsentwicklung jedes einzelnen Kindes.

Die Grünen werden die Erkenntnisse der Reise nun im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf NRW überprüfen und entsprechend in ihre Politik einfließen lassen.

FDP

## FPD bestätigt Fraktionsspitze



Foto: Jan Akkermann

Mit einem klaren Votum hat die FDP-Landtagsfraktion Mitte November ihren Fraktionsvorstand bestätigt. Alter und neuer Fraktionsvorsitzender ist Gerhard Papke (45) aus Königswinter, der bei den turnusmäßigen Wahlen mit elf Stimmen bei einer Enthaltung wiedergewählt wurde. Papke wertete sein Wahlergebnis als Signal, seine Fraktion weiter mit einem eigenständigen, klar erkennbaren Profil zu führen. Zu Stellvertretern wählten die zwölf FDP-Abgeordneten erneut den 27-jährigen Wermelskirchener Christian Lindner sowie den 44-jährigen Erwitter Christof Rasche. Auch Ralf Witzel (34) aus Essen wurde in seinem Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt. Dem Fraktionsvorstand gehört zudem auch die Vizepräsidentin des Landtags, Angela Freimuth, an. Die 40-jährige Rechtsanwältin aus Lüdenscheid ist Sprecherin für Haushalt, Finanzen und Kultur ihrer Fraktion.

# Porträt der Woche: Professor Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Rainer Bovermann ist Professor für politische Wissenschaften und gleichzeitig praktizierender Politiker im Düsseldorfer Landtag. „Ich bin ein Grenzgänger zwischen diesen beiden Welten“, schmunzelt der 49-jährige Hattinger. Und er hält diese beiden Welten strikt getrennt. Von Montag bis Donnerstag ist er vorwiegend Landtagsabgeordneter, sitzt in Arbeitskreisen, Ausschüssen, in der SPD-Fraktion, im Plenum, leitet die Enquetekommission „Chancen für Kinder“ und kümmert sich um seinen Wahlkreis in Hattingen an der Ruhr. Freitags steht er vor Studenten der Universität Bochum und hält weiterhin Lehrveranstaltungen zu seinen Spezialthemen Kommunalpolitik, Föderalismus und Parteienforschung.

In der Theorie ist für ihn die Unterscheidung zwischen politischer Wissenschaft und praktischer Politik klar:

Geht es den Wissenschaftlern in erster Linie um Erkenntnis, will der Politiker Macht gewinnen, um Dinge zu verändern.

Dabei sieht Bovermann durchaus die Notwendigkeit, dass der eine Bereich vom anderen lernt. „Es wäre schon gut, wenn man ein bisschen Analyse und Gründlichkeit in das praktische, stark vom Tagesgeschehen geprägte Politikleben mitnehmen könnte.“ Auf der anderen Seite sieht der Politikwissenschaftler aus der Erfahrung von anderthalb Jahren im Landtag manche Probleme neu und anders: „Über die Professionalisierung des Abgeordnetenberufs denke ich heute anders. Jetzt erlebe ich selbst, was es bedeutet, Abgeordneter zu sein, welche Ansprüche an einen Parlamentarier gestellt werden und wie aufwändig es ist, allen Erwartungen gerecht zu werden.“ Da fällt sein Urteil anders aus als vom Katheder des Professors, empirische Erhebungen sind kein Ersatz für praktische Erfahrungen im Alltag.

## GRENZGÄNGER

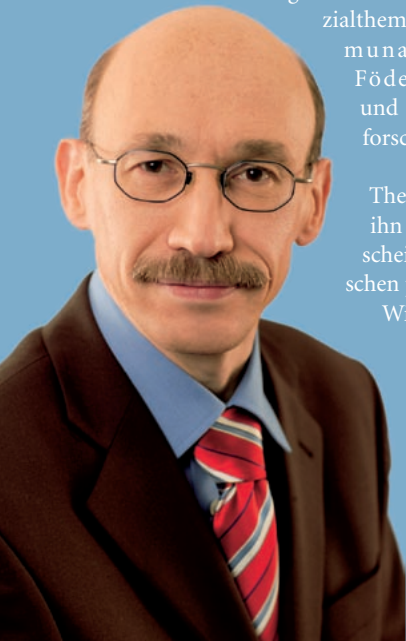
Auch über die Vertraulichkeit von Ausschusssitzungen hat der Professor andere Ansichten als der Abgeordnete. Als Wissenschaftler plädiert Bovermann grundsätzlich für Offenheit und Öffentlichkeit, als Ausschussmitglied hat er die Erfahrung gemacht, dass oft sehr viel sachlicher und nüchterner zwischen Koalition und Opposition diskutiert werden kann, wenn die Türen geschlossen bleiben.

Wirklich geplant hat Bovermann den Grenzübergang von der Welt der politischen

Wissenschaft in den politischen Alltag. Er stammt aus einer klassischen Arbeiterfamilie in Dortmund-Scharnhorst, wo es selbstverständlich war, „am Samstag die Fahne von Borussia Dortmund rauszuhängen und am Sonntag SPD zu wählen.“ Nach dem Abitur wollte Bovermann ursprünglich Lehrer werden, doch als ihm die Universität eine Stelle anbot, blieb er als Hochschulassistent. In die SPD war er am Ende seines Studiums eingetreten. Als der damalige Landtagspräsident und Hattinger SPD-Abgeordnete Ulrich Schmidt erklärte, er wolle nicht mehr kandidieren und einem Jüngeren Platz machen, entschied er sich, von der theoretischen in die praktische Politik zu wechseln.

Der Vorsitz in der Enquetekommission ist nahezu auf Bovermann zugeschnitten. In dem Gremium findet die übliche Konfrontation zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen nicht statt, stattdessen wird gemeinsam mit Wissenschaftlern überlegt, wie die Chancen der Kinder in unserem Land verbessert werden können, wie man die Gruppen erreicht, die man als bildungsferne Schichten bezeichnet, wie die Kompetenzen zwischen Land und Kommunen verteilt und wie die finanziellen Mittel optimal eingesetzt werden. „Am Ende sollen Vorschläge an die Landespolitik insgesamt stehen“, so die Hoffnung und Zielsetzung Bovermanns. Er bringt für die Arbeit in der Kommission auch die nötige eigene Erfahrung mit: Sein Sohn ist 13 Jahre alt und mit ihm durchlebt er alle Entwicklungsphasen eines jungen Menschen.

*Autor: Peter Jansen*



## FCL: Torreigen vor lauter Respekt

Zwei Tore FCL, sieben Tore Düsseldorfer Prominententeam – Respekt, das sieht nach einer eindeutigen Angelegenheit aus. Und so war es auch. Auch wenn der FCL startete, war gegen das stark besetzte Promiteam kein Kraut gewachsen. Die Mannschaft konnte sich sogar erlauben, Holger Fach auf der Auswechselfbank zu lassen.

Dafür wirbelten die ehemalige Nationalspielerin Martina Voss sowie die früheren Fortuna-Stars Peter Biesenkamp und Gerd Zewe und vor allem der schottische Aktive Scottie Scott den FCL gehörig durcheinander. Sowohl im Luft- wie auf ebener Erde waren die Düsseldorfer überlegen. Der Ball lief gekonnt durch ihre Reihen: Zwei Kopfballtore und ein spektakulärer Schuss der flinken Martina Voss ins hohe Tordreieck bedeuteten die 3:1 Pausenführung.



Da half auch die gute Leistung von Heinrich Kemper im Tor nichts. In Halbzeit zwei musste er trotz allem noch vier weitere Male die Kugel aus dem Netz klaben. Und auch dem Abgeordnetentrio Jürgen Unruhe, Jens Petersen und Oskar Burkert war kein Vorwurf zu machen. Sie gaben ihr Bestes. Immerhin markierte Jupp Föhles noch den zweiten FCL-Treffer: Jens Harmeier spielte ihn an, Jürgen Coße ließ geschickt durch und Jupp lupfte das Kunstleder überlegt und platziert ins lange Eck.

Die Zuschauer sahen ein interessantes Spiel auf dem Sportgelände des traditionsreichen BV 04 Düsseldorf. Der BV 04 war der Verein des FCL-Mitbegründers Jupp Siebert. FCL-Präsident Günter Langen würdigte vor Beginn des Spiels den Verstorbenen als „echten Kumpel“.

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Weitere Mitarbeiterin: Doro Dietsch  
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450  
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln - www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 8. Dezember bis 24. Januar 2007

8.12. Peter Preuß (CDU)	53
9.12. Bernd Schulte (CDU)	57
10.12. Michael Groschek (SPD)	50
10.12. Ursula Monheim (CDU)	67
18.12. Dietmar Brockes (FDP)	36
18.12. Frank Sichau (SPD)	59
20.12. Margret Gottschlich (SPD)	58
20.12. Wilfried Grunendahl (CDU)	54
22.12. Josef Wilp (CDU)	68
23.12. Heinz Sahnen (CDU)	60

Norbert Römer und Ute Schäfer (beide SPD) sind als Nachfolger ihrer Fraktionskollegen Birgit Fischer und Dr. Axel Horstmann als ordentliche Mitglieder in den Ältestenrat des Landtags gewählt worden. Römer und Schäfer waren zuvor schon stellvertretende Mitglieder dieses Gremiums. In dieser Funktion folgen ihnen Helga Giebelmann und Gabriele Sikora (beide SPD) nach. Der Ältestenrat hat 19 Mitglieder aus allen Fraktionen und unterstützt die Präsidentin bei der Führung der Geschäfte.

Karl Lamers (CDU) ist zum neuen Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung gewählt worden. Lamers, von 1990 bis 1998 außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, löst Gisela Nacken ab, die als GRÜNE-Abgeordnete von 1990 bis 1999 dem Landtag angehört hat. Die Stiftung fördert entwicklungs- und umweltpolitische Arbeit in NRW. Sie wird finanziert vor allem durch Erlöse aus der Oddset-Sportwette.

Gabi Ludwig (43) ist neue Chefredakteurin der WDR-Landesprogramme Fernsehen und Leiterin des Programmbereichs Landesprogramme. Sie folgt auf Harald Brand (65), der nach 41-jähriger Tätigkeit beim WDR in den Ruhestand gegangen ist. Brand arbeitete unter anderem für die Tagesschau; von 1978 bis 1982 war er als Korrespondent in Moskau, danach sechs Jahre im Studio Bonn, bevor er als stellvertretender Studioleiter ins damalige Landesstudio Düsseldorf kam. 1998 wurde er Chefredakteur der Landesprogramme NRW. Stellvertreterin von Ludwig ist die Leiterin der Redaktion Landespolitik Fernsehen Sabine Scholt (44).

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 7. Dezember 2006 ein: Um 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Vorfreude ...

... herrscht schon jetzt im ostwestfälischen Rietberg auf die Landesgartenschau 2008. In zwei Jahren will man von April bis Oktober, das versprechen die Initiatoren, auf dem 40 Hektar umfassenden und 3,5 Kilometer langen Areal „Träume wachsen lassen“. Es ist die erste Landesgartenschau, die ihren historischen Stadtkern an der Ems direkt in die Schau mit einbezieht. Der örtliche Abgeordnete Dr. Michael Brinkmeier (CDU) ließ es sich nicht nehmen, Landtagspräsidentin Regina van Dinther einzuladen und im Landtag für die Gartenschau zu werben. Unser Bild zeigt die Präsidentin mit dem offiziellen Plakat und den Abgeordneten mit einem Körbchen Werbematerial, darunter das offizielle Maskottchen „Rieti“, einen roten Marienkäfer mit sieben Punkten.

Foto: Schälte